

# **Integrationsbericht 2006**

## Impressum

**Herausgeber:**

Landeshauptstadt Wiesbaden  
Einwohner- und Integrationsamt  
Integrationsabteilung  
Alcide-de-Gasperi-Straße 2  
65197 Wiesbaden

**Verantwortlich für den Text:**

Jeanine Rudolph  
Winnrich Tischel

**Umschlag:**

Wiesbaden Marketing

September 2007

Alle Rechte vorbehalten.

Vervielfältigung, auch auszugsweise nur mit Quellenangabe gestattet und mit der Bitte um ein Belegexemplar.

Für gewerbliche Zwecke ist es grundsätzlich nicht gestattet, diese Veröffentlichung oder Teile daraus zu vervielfältigen, auf Mikofilm/-fische zu verfilmen oder in elektronische Systeme zu speichern.

## Vorwort

Mit dem Integrationsbericht 2006 legt das Einwohner- und Integrationsamt seinen dritten jährlichen Bericht zum Stand der Umsetzung des im Februar 2004 beschlossenen Integrationskonzeptes vor.



Die Integrationsarbeit im Jahr 2006 in Wiesbaden war unter anderem geprägt durch entscheidende Fortschritte beim weiteren Ausbau einer vertrauensvollen Kooperation zwischen islamischen Gemeinden und der Landeshauptstadt Wiesbaden. Nachdem ich die in vielen Verhandlungsrunden mit den islamischen Gemeinden erarbeitete Fassung einer Integrationsvereinbarung vorgelegt hatte, ergab sich eine breite und intensive Diskussion über die Integration der muslimischen Mitglieder unserer Gesellschaft.

Ich habe diese Diskussion um Kopftuch, Verfassungstreue, Moscheebau und viele andere Schlüsselthemen, auch wenn sie oft mit Engagement und Leidenschaft geführt wurde, stets als sehr sachlich und gutem demokratischem Niveau entsprechend empfunden. Sie hat nach meiner Überzeugung Wiesbaden in der Frage der Integration seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger islamischen Glaubens ein großes Stück voran gebracht auf dem Weg zu einer gesellschaftlichen Normalität des Miteinanders unterschiedlicher Religionen und Kulturen.

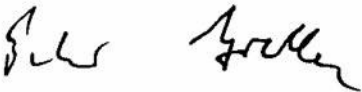
Doch auch jenseits dieses Themas, das erfahrungsgemäß meistens die größte Resonanz in den Medien auslöst, hat es 2006 große Fortschritte in der weiteren Integrationsarbeit gegeben, die es in der Betrachtung des Jahres nicht zu vergessen gilt. Dies trifft vor allem für das Handlungsfeld Bildung zu, in dem laut Integrationskonzept Bildungsbeteiligung und Bildungschancen von Migrantinnen und Migranten nachhaltig verbessert werden müssen.

Ein unter Federführung des Amtes für Soziale Arbeit mit weiteren städtischen Ämtern und freien Trägern erarbeitetes Konzept zur zielgruppenorientierten Elternbildung, die Einrichtung und Finanzierung einer Fachstelle zur Steuerung des Konzeptes, sowie die Etablierung eines Fachbeirates zur Elternbildung, sind wichtige Schritte zur Förderung der Bildungschancen von Familien mit Migrationshintergrund.

Mit den Konversationskursen "Mama spricht Deutsch" haben Einwohner- und Integrationsamt und Amt für Soziale Arbeit mit Unterstützung des Landes gleichzeitig eine konkrete neuartige Form der Elternbildung speziell für Migrantinnen eingeführt.

Den vielen Mitwirkenden der Integrationsarbeit innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung möchte ich für diese wichtigen Fortschritte bei den Integrationsbemühungen danken.

Es soll uns allen schließlich ein zusätzlicher Ansporn für die Fortsetzung des Wiesbadener Weges sein, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden für ihr Integrationskonzept am Beispiel des Projektes "Gesundheitsthemen in Sprachkursen" den Hessischen Integrationspreis des Jahres 2006 gewonnen hat.



Peter Grella  
- Dezernent für Bürgerangelegenheiten und Integration -



## Inhalt

	Seite
1 Zu diesem Bericht .....	6
2 Stand der Integration.....	8
2.1 Wiesbadener Monitoringsystem zur Integration .....	8
2.2 Ergebnisse 2006.....	9
3 Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz .....	19
3.1 Zahlen und Fakten zu den Integrationskursen .....	19
3.2 Vermittlung in Integrationskurse in Wiesbaden .....	24
3.3 Migrationserstberatung der Freien Träger.....	25
4 Einbürgerungen .....	27
4.1 Neue organisatorische Zuordnung.....	27
4.2 Zahlen und Fakten.....	28
4.3 Einbürgerungsfeiern .....	28
5 Sachstand zu den Handlungsfeldern.....	31
5.1 Sprachkompetenz.....	31
5.2 Bildung .....	35
5.3 Teilhabe am Arbeitsmarkt.....	39
5.4 Wohnen und Zusammenleben im Stadtteil.....	42
5.5 Gesundheitsversorgung, Pflege und Beratung.....	48
5.6 Integrationskompetenz der Verwaltung.....	54
6 Schlüsselprojekte.....	59
6.1 Zielgruppenorientierte Elternbildung .....	59
6.2 Projekt MiMi Mit Migranten für Migranten.....	64
6.3 Fachtag Mädchen Frauen und Migration.....	69
7 Hessischer Integrationspreis 2006 .....	72
8 Islam und Integration auf kommunaler Ebene .....	74
8.1 Wiesbadener Kooperation mit islamischen Gemeinden .....	74
8.2 Integrationsvereinbarungen mit Religionsgemeinschaften .....	77
8.3 Moscheebauten in Wiesbaden.....	79

## 1 Zu diesem Bericht

Auf Basis des im Februar 2004 beschlossenen Integrationskonzeptes für die Landeshauptstadt Wiesbaden wird hiermit der dritte Integrationsbericht vorgelegt. Wesentlicher Bestandteil dieses Berichtes sind Aussagen zum Fortgang der Umsetzung der im Integrationskonzept beschlossenen sechs Handlungsfelder.

Wie bereits im ersten Bericht wird jeweils systematisch berichtet zu

- dem Stand der Vernetzung,
- den konkreten Projekten und
- den weiteren Planungen.

Einige Projekte aus 2006 nehmen in der Integrationsarbeit eine Schlüsselstellung ein und werden daher etwas umfassender dargestellt.

Ein weiterer Bestandteil des Integrationskonzeptes und damit dieses Berichtes sind Aussagen zu Stand und Wirkungen der Integration und zu Veränderungen von Kontextbedingungen der Integrationspolitik. Basis hierfür sind die aktuellen Daten des Wiesbadener Monitoringsystems - ein Produkt des Amtes für Wahlen, Statistik und Stadtforschung - anhand derer die Entwicklungen der Integration in den verschiedenen Dimensionen aufgezeigt wird.

Neben der Umsetzung der 2004 beschlossenen Zielsetzungen des Integrationskonzeptes ist es selbstverständlich, dass die Integrationsarbeit auf aktuelle Ereignisse und Entwicklungen reagiert und neue Themen und Herausforderungen aufgreift. Das Thema Islam und Integration nimmt mittlerweile einen bedeutsamen Stellenwert ein und fließt daher in diesen Bericht

ein. Ebenso wird durch ein gesondertes Kapitel der zunehmenden integrationspolitischen Bedeutung der Einbürgerungen Rechnung getragen und über die hierzu getroffenen Maßnahmen berichtet.

## 2 Stand der Integration

### 2.1 Wiesbadener Monitoringsystem zur Integration

*Monitoringsystem als Element der Wiesbadener Integrationsberichterstattung*

Das Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden ist Bestandteil des Integrationskonzeptes der Landeshauptstadt Wiesbaden, das von der Stadtverordnetenversammlung mit Beschluss Nr. 0046 am 12. Februar 2004 verabschiedet wurde.

Es verfolgt das Ziel,

- den Stand des Integrationsprozesses und
- eingetretene Wirkungen

regelmäßig aufzuzeigen und zu überprüfen und nimmt insoweit eine strategische Controllingfunktion wahr. Mit dem vorliegenden "Bericht 2006" wird die Dokumentation nunmehr im vierten Jahr fortgesetzt. Bei der Interpretation der Kennzahlen ist zu beachten, dass sich nicht nur die Effekte der Wiesbadener Integrationsarbeit widerspiegeln, sondern auch gesamtgesellschaftliche Entwicklungen, die sich einer Steuerung auf kommunaler Ebene entziehen.

*Wiesbadener Verständnis von "Integration"*

Die Wiesbadener Kommunalpolitik versteht unter Integration "den dauerhaften Prozess der Eingliederung von Zuwanderern und Menschen mit Migrationshintergrund in die Aufnahmegesellschaft sowie die Angleichung ihrer Lebenslagen ohne Aufgabe der jeweils eigenen kulturellen Identität" (Integrationskonzept 2004).

*Dimensionen des Integrationsprozesses*

Sie gliedert den Integrationsprozess in vier Dimensionen:

- Strukturelle Integration  
(= Eingliederung der Migranten in Kerninstitutionen der Aufnahmegesellschaft)
- Kulturelle Integration  
(= Spracherwerb und Wertvorstellungen)

- Soziale Integration  
(= Eingliederung in private Sphären der Aufnahmegesellschaft) sowie
- Identifikatorische Integration (= Zugehörigkeitsgefühl).

Das Monitoringsystem greift diese Definition und Gliederung auf und bildet insgesamt 26 Kennzahlen zur Abbildung des Integrationsprozesses. Aktuell hat die Integration der Migranten in Wiesbaden folgenden Stand erreicht:

## 2.2 Ergebnisse 2006

### Strukturelle Integration

#### *Rechtliche Integration*

Mittlerweile verfügen gut zwei Drittel der in Wiesbaden lebenden Ausländerinnen und Ausländer über einen unbefristeten Aufenthaltstitel oder besitzen eine Staatsangehörigkeit der Europäischen Union, die ihnen Freizügigkeit und ein sicheres Aufenthaltsrecht verschafft. Der Anstieg im Jahr 2004 ist auf die Erweiterung der EU um zehn neue Mitgliedsstaaten zurückzuführen. Gut die Hälfte der Ausländerinnen und Ausländer in Wiesbaden würden sogar die Voraussetzungen für eine Einbürgerung erfüllen.

#### *Kindergartenbesuch*

Der Anteil der Kinder, die eine Elementareinrichtung nur kurz oder gar nicht besucht haben, ist 2006 gesunken, und zwar in erster Linie bei Kindern mit Migrationshintergrund. Dies ist eine erfreuliche Feststellung. Gleichwohl ist ein "Kita-Kurzbesuch" bei Kindern mit Zuwanderungshintergrund immer noch fast doppelt so häufig wie bei Kindern deutscher Eltern. Weitere Verbesserungen sind hier wünschenswert, denn ein ausreichend langer Kindergartenbesuch erleichtert den Einstieg ins Schulsystem.

*Handlungsbedarf bei der Integration in das Bildungssystem*

Die Integration der ausländischen Bevölkerung in das Bildungssystem stellt eine bleibende Herausforderung dar, denn die Unterschiede im Schulbesuch von deutschen und ausländischen Kindern sind nach wie vor groß: Der Anteil der Gymnasiasten unter den nichtdeutschen Kindern und Jugendlichen an weiterführenden Schulen ist mit 26,9 % nicht einmal halb so hoch wie unter den deutschen (60,7 %). Positiv zu vermerken ist allerdings, dass sich seit dem Schuljahr 2003/2004 die Gymnasialquote auch unter den ausländischen Kindern stetig erhöht hat.

*Mehr ausländische Jugendliche machen einen Abschluss*

Auf der anderen Seite verlässt jede/r neunte ausländische Jugendliche die Schule ohne Abschlusszeugnis (deutsche Jugendliche: jede/r Siebzehnte). Gegenüber den letzten Schuljahren bedeutet dies allerdings eine erhebliche Verbesserung, ist doch der Anteil derer, die ohne Abschluss die Schule verlassen, um knapp 5 Prozentpunkte zurückgegangen. Das Risiko, ohne Zeugnis von der Schule zu gehen, trifft Jungen immer noch häufiger als Mädchen; dies gilt sowohl für ausländische als auch für deutsche Schulabgänger.

*Fortschritte beim Berufseinstieg*

Wie schon im Vorjahr hat sich im Jahr 2006 der Ausbildungsmarkt für ausländische Jugendliche weiter entspannt. Die Zahl der Berufsschülerinnen und -schüler ohne Ausbildungsvertrag ist weiter gesunken, und zwar sowohl bei ausländischen Mädchen als auch bei ausländischen Jungen. Aber gerade für die letztgenannte Gruppe kann noch nicht von Entwarnung gesprochen werden, denn immerhin haben 28 % der männlichen Jugendlichen mit ausländischem Pass auf Wiesbadener Berufsschulen keinen Ausbildungsvertrag in der Tasche. Nach wie vor besteht ein großer "Abstand" zwischen Jugendlichen ausländischer und deutscher Herkunft.

*Ausländer von Arbeitslosigkeit deutlich stärker betroffen*

Infolge der Umstellung der Arbeitslosenstatistik auf das SGB II liegt keine Zeitreihe zur Erwerbslosigkeit vor. Dennoch wird deutlich, dass Ausländer in deutlich stärkerem Maße arbeitslos gemeldet sind als Deutsche. So liegt ihre Arbeitslosenquote im September 2006 bei 21,6 % und die der Deutschen bei 9,4 %.

Ausländische Frauen haben noch größere Probleme auf dem Arbeitsmarkt, ihre Arbeitslosenquote ist höher als die der ausländischen Männer - bei den Deutschen lassen sich hingegen keine geschlechtsspezifischen Unterschiede feststellen. Auch die Arbeitslosigkeit junger Menschen trifft Ausländer deutlich härter als Deutsche. Die Arbeitslosenquote der unter 25-jährigen Ausländer beträgt 17,7 %, die der jungen Deutschen 9,7 %. Über den Sektor der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse gibt es hingegen Erfreuliches zu vermelden: Nachdem sich in den letzten Jahren immer mehr - vor allem ausländische - Beschäftigte mit geringer Entlohnung zufrieden geben mussten, sank im vergangenen Jahr die Zahl der so genannten 400-Euro-Jobs bei den ausländischen Beschäftigten.

*Neuer Indikator: Gewerbequote*

Neu in das Monitoring aufgenommen wurde ein Indikator zu einem Teilbereich der selbständigen Erwerbstätigkeit. Demnach sind 9,4 % der ausländischen Bevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren Inhaber eines Wiesbadener Gewerbebetriebs. Unter der deutschen Bevölkerung liegt die Gewerbequote bei 12,9 %.

### Kulturelle Integration

*Jeder zweite Schulanfänger ausländischer Herkunft hat Schwierigkeiten mit der deutschen Sprache*

Im Mittelpunkt der kulturellen Integration steht der - möglichst frühzeitige - Erwerb der deutschen Sprache als entscheidende Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Anlässlich der vom Gesundheitsamt durchgeführten Schuleingangsuntersuchungen wurden im Jahr 2006 bei 48,6 % der einzuschulenden Migrantenkinder Defizite in der Beherrschung der deutschen Sprache festgestellt - sei es hinsichtlich Wortschatz, Grammatik oder Sprachverständnis. Der Befund betraf die untersuchten ausländischen Jungen (52,7 %) stärker als die Mädchen (43,8 %). Da das Gesundheitsamt in den letzten Jahren die Untersuchungstechnik und die Diagnostik der Sprachentwicklung verbessert hat, ist nur ein Vergleich mit dem Jahr 2005 möglich; dieser deutet immerhin auf einen Fortschritt hin.

*Gesundheit im Kindesalter*

Das Monitoringsystem enthält zwei Kennzahlen zur Gesundheitssituation von Schulanfängern, die ebenfalls aus den jährlich durchgeführten Schuleingangsuntersuchungen stammen. Demnach nehmen derzeit rund 81 % der Kinder deutscher Herkunft, aber nur 68 % der Migrantenkinder an der letzten (freiwilligen) Früherkennungsuntersuchung vor der Einschulung teil. Eine Annäherung der Quoten zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund lässt aber auf gewisse Fortschritte schließen. Keine nennenswerte Veränderung dagegen gab es bei der Zahl übergewichtiger Kinder. Nach wie vor werden die Befunde "Übergewicht" und "Adipositas" bei Kindern ausländischer Herkunft häufiger erhoben als bei Kindern deutscher Eltern.

**Soziale Integration**
*Indikatoren zur sozialen Integration*

Im Bereich "Multikulturelles Zusammenleben" weist das Monitoringsystem zwei Indikatoren zum Heiratsverhalten von Personen mit Migrationshintergrund aus. So wird die Häufigkeit interethnischer Eheschließungen als Maßstab dafür genommen, inwieweit sich Zuwanderer in die Lebensverhältnisse und die Kultur der Aufnahmegesellschaft eingliedert haben. Als Kennzahl dient hier die "Einheiratsquote", die den Anteil derjenigen unter allen eheschließenden Migranten angibt, die in die deutsche Gesellschaft einheiraten.

Diese Quote lag in den letzten Jahren bei rund 28 %, d. h. gut jede vierte Person ausländischer Herkunft, die in diesen Jahren heiratete, schloss die Ehe mit einem Partner ohne Migrationshintergrund. Der Prozentsatz blieb über die (kurze) Zeitreihe recht stabil. Es fällt auf, dass Frauen ausländischer Herkunft häufiger in die deutsche Gesellschaft einheiraten als Männer.

*Partnersuche im Herkunftsland*

Während ein hoher Anteil von Ehen zwischen Migranten und Einheimischen auf soziale Annäherung und damit auf Integrationsfortschritte hinweist, stellen Verbindungen unter Migranten, bei denen ein Partner bei der Hochzeit (noch) im Ausland lebt,



ein Integrationsrisiko dar. Im vergangenen Jahr hatte bei 45,6 % der Eheschließungen von Migranten einer der beiden Partner - in drei Viertel der Fälle die Ehefrau - den Wohnsitz im Ausland.


### Identifikatorische Integration

*Die wenigsten lösen ihren Einbürgerungsanspruch ein*

Der Anteil der ausländischen Bevölkerung, der von seinem Einbürgerungsrecht Gebrauch macht, ist 2006 in Wiesbaden gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen. Gleichwohl ist die Neigung unter den Migranten, die deutsche Staatsangehörigkeit anzunehmen, insgesamt sehr gering: Die Einbürgerungsrate in Wiesbaden bewegte sich in den letzten Jahren um die 3 Fälle je 100 Anspruchsberechtigte. Offensichtlich bietet der Wechsel der Staatsangehörigkeit aus der Sicht vieler Ausländerinnen und Ausländer keine erstrebenswerten Vorteile.

Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden									
Indikator	Personen- gruppe	Jahr	a) Ausländer <sup>1)</sup> b) Personen mit Migrationshintergrund <sup>3)</sup>			a) Deutsche <sup>2)</sup> b) Personen ohne Migrationshintergrund <sup>4)</sup>			
			insge- samt	männ- lich	weib- lich	insge- samt	männ- lich	weib- lich	
<b>▶ A. Strukturelle Integration</b>									
<b>▶ A.1 Rechtliche Integration</b>									
A.1.1 Anteil der Ausländer mit einem unbefristeten Aufenthaltstitel oder einer EU-Staatsangehörigkeit (in %)	a)	2000	60,8	60,0	61,6	X	X	X	
		2002	62,3	62,8	61,8	X	X	X	
		2003	62,1	62,6	61,6	X	X	X	
		2004	66,6	67,7	65,5	X	X	X	
		2005	65,4	66,4	64,5	X	X	X	
		2006	66,5	67,4	65,5	X	X	X	
A.1.2 Anteil der Ausländer mit Anspruch auf Einbürgerung (in %)	a)	2000	48,1	47,8	48,5	X	X	X	
		2002	49,1	48,6	49,6	X	X	X	
		2003	49,1	48,7	49,6	X	X	X	
		2004	49,4	49,1	49,7	X	X	X	
		2005	50,5	51,4	49,5	X	X	X	
		2006	52,1	52,3	51,8	X	X	X	
<b>▶ A.2 Integration in das Bildungssystem</b>									
A.2.1 Anteil der Kinder mit einem Kindergartenbesuch unter 2 Jahren (in %)	b)	2002	16,1	17,1	15,0	6,0	6,0	6,0	
		2003	16,4	19,1	15,3	5,4	5,0	5,9	
		2004	14,9	13,4	16,5	5,8	5,8	5,7	
		2005	15,6	16,1	15,1	6,9	7,1	6,7	
		2006	12,4	13,6	11,0	6,7	7,1	6,3	
		A.2.2 Anteil der Gymnasialschüler an weiterführenden Schulen (in %)	a)	1996/97	26,1	.	.	58,9	.
2002/03	24,3			23,1	25,5	57,2	54,6	59,7	
2003/04	23,7			23,0	24,4	57,4	55,0	59,6	
2004/05	24,5			23,8	25,2	58,5	56,2	60,7	
2005/06	25,7			24,9	26,4	59,0	57,3	60,7	
2006/07	26,9			25,7	28,1	60,7	58,9	62,5	
A.2.3 Anteil der Schulabgänger ohne Schulabschluss (in %)	a)	1993	20,8	.	.	5,3	.	.	
		1996	21,2	.	.	5,7	.	.	
		2001	17,2	21,4	13,0	6,7	7,4	5,9	
		2002	13,9	17,2	10,6	5,4	5,8	4,9	
		2003	14,0	16,9	11,0	4,7	5,8	3,8	
		2004	16,3	19,1	12,7	5,3	6,1	4,6	
		2005	16,2	17,9	14,4	6,8	9,5	4,4	
		2006	11,5	13,4	9,6	5,8	7,1	4,6	
A.2.4 Anteil der Berufsschüler ohne Ausbildungsvertrag (in %)	a)	1991	20,3	.	.	5,2	.	.	
		1997	29,5	33,0	24,4	10,5	11,2	9,8	
		2001	22,9	27,1	17,4	7,8	8,8	6,6	
		2002	22,0	26,5	16,2	9,0	9,9	7,9	
		2003	27,7	32,5	21,2	10,8	11,8	9,7	
		2004	28,7	33,2	23,0	10,7	11,6	9,6	
		2005	23,7	29,3	16,3	8,1	9,3	6,6	
		2006	21,1	27,5	13,7	8,9	10,7	6,6	

1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit;  
 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern;  
 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder  
 . Zahlen nicht verfügbar  
 ... Angabe fällt später an  
 X Aussage nicht sinnvoll  
 \* kleine Fallzahlen - Trendaussage




Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden									
Indikator	Personen- gruppe	Jahr	a) Ausländer <sup>1)</sup>			a) Deutsche <sup>2)</sup>			
			b) Personen mit Migrationshintergrund <sup>3)</sup>			b) Personen ohne Migrationshintergrund <sup>4)</sup>			
			insge- samt	männ- lich	weib- lich	insge- samt	männ- lich	weib- lich	
<b>► A.3 Integration in den Arbeitsmarkt</b>									
A.3.1 Anteil der Beschäftigten ohne bzw. ohne anerkannte Berufsausbildung (in %)	a)	1991 1996 2001 2002 2003 2004 2005 2006	46,5 42,0 38,1 36,5 35,8 34,5 31,9 ...	44,8 41,6 37,5 36,8 36,2 34,5 31,7 ...	49,1 42,7 39,1 36,0 35,3 34,5 32,3 ...	17,8 14,4 14,8 14,2 13,6 13,4 13,3 ...	15,5 12,7 14,0 13,5 13,0 12,9 12,6 ...	20,4 16,1 15,7 14,9 14,3 14,0 14,0 ...	
A.3.2 Anteil der geringfügig Entlohten an allen Beschäftigten (in %)	a)	2001 2002 2003 2004 2005 2006	11,6 10,7 13,4 16,0 17,5 16,6	. . . . . . . . . . .	. . . . . . . . . . .	9,6 8,7 9,2 10,1 10,1 10,1	. . . . . . . . . . .	. . . . . . . . . . .	
A.3.3 Gewerbebetriebe mit ausländischen bzw. deutschen Inhabern bezogen auf Einwohner im erwerbsfähigen Alter (in %)	a)	2006	9,4	X	X	12,9	X	X	
A.3.4 Arbeitslosenquote bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen (in %)	a)	2006	21,6	19,2	24,8	9,4	9,4	9,4	
A.3.5 Arbeitslosenquote der unter 25-Jährigen bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen (in %)	a)	2006	17,7	16,6	19,0	9,7	10,2	9,2	
<b>► A.4 Integration in den Wohnungsmarkt</b>									
A.4.1 Konzentration der Bevölkerung auf bestimmte Wohngebiete (Segregationsindex)	b)	2002 2003 2004 2005 2006	27,5 27,1 27,3 26,8 26,8	X X X X X	X X X X X	X X X X X	X X X X X	X X X X X	

Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden									
Indikator	Personengruppe	Jahr	a) Ausländer <sup>1)</sup> b) Personen mit Migrationshintergrund <sup>3)</sup>			a) Deutsche <sup>2)</sup> b) Personen ohne Migrationshintergrund <sup>4)</sup>			
			insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	
<b>▶ B. Kulturelle Integration</b>									
<b>▶ B.1 Werteannäherung</b>									
B.1.1 Zusammengefasste Geburtenziffer (durchschnittliche Kinderzahl pro Frau)	a)	2000	X	X	1,81	X	X	1,24	
		2001	X	X	1,76	X	X	1,21	
		2002	X	X	1,75	X	X	1,23	
		2003	X	X	1,79	X	X	1,24	
		2004	X	X	1,74	X	X	1,35	
		2005	X	X	1,64	X	X	1,27	
		2006	X	X	1,67	X	X	1,19	
B.1.2 Anteil der Bevölkerung in 5- und mehr Personenhaushalten (in %)	b)	2002	18,5	X	X	7,7	X	X	
		2003	18,9	X	X	7,7	X	X	
		2004	18,6	X	X	7,5	X	X	
		2005	18,3	X	X	7,5	X	X	
		2006	18,5	X	X	7,5	X	X	
<b>▶ B.2 Spracherwerb</b>									
B.2.1 Anteil der Kinder mit Defiziten der deutschen Sprache an allen einzuschulenden Kindern (in %)	b)	2005	53,8	57,2	49,7	13,5	15,4	11,4	
		2006	48,6	52,7	43,8	10,9	12,6	8,8	
<b>▶ B.3 Gesundheit</b>									
B.3.1 Anteil der Kinder mit Teilnahme an der letzten Vorsorgeuntersuchung vor der Einschulung (U9) an allen einzuschulenden Kindern (in %)	b)	2002	63,8	62,8	65,0	80,8	80,9	80,7	
		2003	65,1	64,4	65,8	82,2	84,0	80,7	
		2004	61,3	62,8	59,7	81,1	80,9	81,3	
		2005	67,3	66,5	68,4	84,6	85,2	83,9	
		2006	68,4	68,8	67,9	81,1	81,9	80,3	
B.3.2 Anteil der Kinder mit Übergewicht an allen einzuschulenden Kindern (in %)	b)	2003	17,9	17,0	19,0	8,9	8,1	9,8	
		2004	14,9	15,6	14,1	7,8	8,3	7,4	
		2005	15,5	15,9	15,1	8,7	8,7	8,7	
		2006	15,9	16,9	14,7	9,7	10,8	8,5	
1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern; 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder . Zahlen nicht verfügbar ... Angabe fällt später an X Aussage nicht sinnvoll * kleine Fallzahlen - Trendaussage									



Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden								
Indikator	Personen- gruppe	Jahr	a) Ausländer <sup>1)</sup> b) Personen mit Migrationshintergrund <sup>3)</sup>			a) Deutsche <sup>2)</sup> b) Personen ohne Migrationshintergrund <sup>4)</sup>		
			insge- samt	männ- lich	weib- lich	insge- samt	männ- lich	weib- lich
<b>► C. Soziale Integration</b>								
<b>► C.1 Aufenthaltsdauer/Bleibeabsichten</b>								
C.1.1 Anteil der Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer in Deutschland von 20 Jahren und mehr (in %)	a)	2000	29,0	29,7	28,2	X	X	X
		2002	30,3	31,4	29,1	X	X	X
		2003	30,2	31,4	28,9	X	X	X
		2004	30,4	31,8	28,8	X	X	X
		2005	28,9	30,5	27,4	X	X	X
		2006	29,5	30,9	28,1	X	X	X
C.1.2 Anteil der in Deutschland Geborenen (in %)	b)	2002	23,7	24,4	23,1	X	X	X
		2003	25,2	25,8	24,6	X	X	X
		2004	26,9	27,4	26,3	X	X	X
		2005	27,3	28,0	26,5	X	X	X
		2006	27,7	28,5	27,0	X	X	X
<b>► C.2 Multikulturelles Zusammenleben</b>								
C.2.1 Einheiratsquote. Anteil der Personen mit Partner ohne Migrationshintergrund an allen heiratenden Migranten (in %)	b)	2002	27,5	24,6	30,1	X	X	X
		2003	29,4	27,0	31,6	X	X	X
		2004	28,5	25,5	31,2	X	X	X
		2005	26,8	24,2	29,2	X	X	X
		2006	28,1	25,5	30,5	X	X	X
C.2.2 Heirats-Importquote: Anteil der erst nach Eheschließung eingereisten Partner in Ehen zwischen Personen mit Migrationshintergrund (in %)	b)	2002	48,5	14,5	34,0	X	X	X
		2003	44,9	15,9	29,0	X	X	X
		2004	45,1	12,9	32,2	X	X	X
		2005	44,7	12,1	32,6	X	X	X
		2006	45,6	12,0	33,6	X	X	X
C.2.3 Anteil der Haushalte, in denen Personen mit und ohne Migrationshintergrund leben, an allen Haushalten (in %)	b)	2002	8,1	X	X	X	X	X
		2003	8,0	X	X	X	X	X
		2004	7,6	X	X	X	X	X
		2005	7,6	X	X	X	X	X
		2006	7,6	X	X	X	X	X
1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern; 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder . Zahlen nicht verfügbar ... Angabe fällt später an X Aussage nicht sinnvoll * kleine Fallzahlen - Trendaussage								



Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden								
Indikator	Personengruppe	Jahr	a) Ausländer <sup>1)</sup> b) Personen mit Migrationshintergrund <sup>3)</sup>			a) Deutsche <sup>2)</sup> b) Personen ohne Migrationshintergrund <sup>4)</sup>		
			insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
<b>▶ C.3 Sozialkontakte zwischen Deutschen und Ausländern</b>								
C.3.1 Anteil der Deutschen, die Kontakte zu Ausländern ...								
- am Arbeitsplatz	a)	2002	X	X	X	51,9	59,8	44,9
- in der Wohngegend		2002	X	X	X	62,7	63,0	62,4
- in der Familie/ Verwandtschaft		2002	X	X	X	31,8	30,5	32,9
- im Freundes-/ Bekanntekreis haben (in %)		2002	X	X	X	71,2	76,5	66,7
C.3.2 Anteil der Befragten, die nachbarschaftliches Zusammenleben in ihrer Wohngegend als "weniger gut" oder "schlecht" beurteilen (in %)	a)	2002	15,3 *	X	X	20,6	20,2	20,8
C.3.3 Anteil der Befragten, die das Zusammenleben zwischen Deutschen und Ausländern im gesamten Stadtgebiet als "weniger gut" oder "schlecht" beurteilen (in %)	a)	2002	23,0 *	X	X	25,7	23,2	27,9
<b>▶ D. Identifikatorische Integration</b>								
<b>▶ D.1 Einbürgerungen</b>								
D.1.1 Einbürgerungen je 100 Anspruchsberechtigte	a)	2000	4,2	4,2	4,1	X	X	X
		2002	3,2	3,3	3,1	X	X	X
		2003	3,9	3,9	3,9	X	X	X
		2004	3,1	2,8	3,4	X	X	X
		2005	2,5	2,5	2,5	X	X	X
		2006	3,1	3,2	2,9	X	X	X
1) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit; 2) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit; 3) Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit, zuzüglich Aussiedlern, Eingebürgerten und deren Kindern; 4) Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit, ohne Aussiedler, Eingebürgerte und deren Kinder . Zahlen nicht verfügbar ... Angabe fällt später an X Aussage nicht sinnvoll * kleine Fallzahlen - Trendaussage								

## 3 Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz

### 3.1 Zahlen und Fakten zu den Integrationskursen

*Zahl der Verpflichtungen zu Integrationskursen von 330 in 2005 auf 591 in 2006 gestiegen.*

*Nach wie vor hohe Bereitschaft zur nachholenden Integration*

2006 wurden von der Ausländerbehörde **95** Berechtigungen und **591** Verpflichtungen zur Teilnahme an Integrationskursen ausgestellt. Im Vergleich zum Vorjahr (330) ist die Zahl der Verpflichtungen deutlich gestiegen. Dies ist auch auf die mittlerweile verstärkte Anzahl der Eingliederungsvereinbarungen durch die Kommunale Arbeitsvermittlung, die Verpflichtungen zu Integrationskursen beinhalten, zurückzuführen. Es wurden **545** sogenannte Bestandsausländer auf freiwilligen Antrag hin beim Bundesamt für Migration (BAMF) zu Integrationskursen zugelassen (vgl. Tab. 1). Die hohe Zahl an freiwilligen Anträgen auf Zulassung zu Integrationskursen zeigt eine hohe Bereitschaft zum Erwerb der deutschen Sprache der so genannten Bestandsausländer.

In der Integrationsabteilung wurden **579** (474 in 2005) Sprachstandstests zur Einstufung und besseren Vermittlung in Integrationskurse durchgeführt.

**Tabelle 1:**

<b>Rechtliche Entscheidungen der Ausländerbehörde</b>		
	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Ausgestellte Berechtigungen	130	95
Ausgestellte Verpflichtungen	330	591
Nachrichtlich: Zulassung von Bestandsausländern durch das BAMF <sup>1</sup>	803	545

**Tabelle 2:**

<b>Von der Ausländerbehörde ausgestellte Berechtigungen und Verpflichtungen an Neuzuwanderer</b>		
	<b>Berechtigungen (Verpflichtungen) 2005</b>	<b>Berechtigungen (Verpflichtungen) 2006</b>
Insgesamt	130 (330)	95 (591)
Männer	71 (110)	31 (219)
Frauen	59 (220)	64 (372)
unter 25 Jahre	41 (93)	17 (125)
25 bis unter 30 Jahre	27 (75)	22 (126)
30 bis unter 40 Jahre	36 (97)	31 (179)
40 bis unter 50 Jahre	18 (44)	16 (113)
50 Jahre und älter	8 (21)	9 (48)

<sup>1</sup> Bundesamt für Migration und Flüchtlinge



Tabelle 3:

Integrationskurse und Kursträger in Wiesbaden		
	2005	2006
Anzahl der durchgeführten und gestarteten Integrationskurse	114	79
Anzahl der Integrationskursträger, die Integrationskurse durchführten	9	8

**Übersicht der Integrationskursträger, die in 2006 Integrationskurse durchgeführt haben:**

- AWO
- Bauhof Biebrich-Südost
- Berlitz
- Euro-Schule (bisher noch keine Meldung)
- IB
- Katholische Erwachsenenbildung
- Lern-Planet
- VHS

*686 Integrationskursberechtigte im Vergleich zu 3.039 Neuzuwanderern.*

### **Die Zahl der Berechtigten und Verpflichteten im Vergleich zur Gesamtzahl der Neuzuwanderer**

Um Aussagen zu Qualität und Quantität des Vollzuges der Integrationskursverordnung nach dem Zuwanderungsgesetz treffen zu können, wird in der folgenden Tabelle die Gesamtzahl der Neuzuwanderer dargestellt. Im Anschluss wird diese Zahl den zu Integrationskursen Berechtigten oder Verpflichteten gegenübergestellt und eine erste Interpretation versucht:

**Tabelle 4:**

<b>Neuzuwanderer<sup>*)</sup> nach Wiesbaden</b>		
	<b>2005</b>	<b>2006</b>
Insgesamt	3.242	3.039
Männer	2.044	1.922
Frauen	1.198	1.117
unter 18 Jahre	294	314
18 bis unter 25 Jahre	697	645
25 bis unter 30 Jahre	566	537
30 bis unter 40 Jahre	858	761
40 bis unter 50 Jahre	550	457
50 bis unter 65 Jahre	239	257
65 Jahre und älter	38	38
darunter Personen		
– polnischer	999	931
– türkischer	264	199
– US-amerikanischer	175	178
– italienischer	136	152
– ungarischer	204	147
Staatsangehörigkeit		
*) Zuzüge von Ausländer/-innen aus dem Ausland		
Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung		

Im Vergleich zu insgesamt 3.039 Neuzuwanderern in 2006 scheint die Zahl der Integrationskursberechtigten oder Verpflichteten von insgesamt 686 gering.

Gründe hierfür sind:

- Aus verschiedenen, im ausländerrechtlichen Verwaltungsverfahren begründeten Umständen und Sachzwängen kann die endgültige Aufenthaltserlaubnis Neuzuwanderern oft erst mehrere Monate nach der Einreise erteilt werden. Die Bestä-

tigung über einen Anspruch oder eine Verpflichtung zu einem Integrationskurs wird aber in der Regel immer erst mit der Erteilung der endgültigen Aufenthaltserlaubnis ausgestellt. Alle statistischen Verfahren, die auf einen fixen Zeitpunkt abstellen, sind daher durch diese zeitlichen Verzögerungen verzerrt.

- Nicht alle Neuzuwanderer haben einen Anspruch auf Teilnahme an einem Integrationskurs, sondern nur Personen, die sich aus bestimmten im Gesetz genannten Rechtsgrundlagen dauerhaft im Bundesgebiet aufhalten wollen und dürfen.
- Eine weitere Einschränkung des Teilnehmerkreises erfolgt durch die gesetzliche Regelung, dass ein Teilnahmeanspruch trotz Vorliegens der sonstigen Voraussetzungen nicht besteht bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die eine schulische Ausbildung aufnehmen oder ihre bisherige Schullaufbahn in Deutschland fortsetzen und damit ihre sprachliche Ausbildung erfahren.
- Entsprechendes gilt, wenn bei Neuzuwanderern erkennbar geringer Integrationsbedarf besteht oder die Personen bereits über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen.

*Die durch das BMI initiierte Evaluation der Integrationskurse liegt vor.*

Seit Ende 2006 liegen die Ergebnisse der groß angelegten Evaluation der Integrationskurse vor<sup>2</sup>. Die Evaluation bezieht sich in erster Linie auf die Umsetzung der neu eingeführten Maßnahme und kann aufgrund der Kürze der Zeit noch keine Aussagen zu Wirkungen treffen. Zentrale Befunde dieser Evaluation zeigen einige konzeptionelle Mängel als auch organisatorische Verbesserungsmöglichkeiten auf. Hier sind in erster Linie eine Unterfinanzierung der Kurse sowie die nicht ausreichende Bemessung der Kursdauer von 600 Unterrichtsstunden zu nennen. Diese Ergebnisse decken sich mit den Einschätzungen der Wiesbadener Sprachkursträger, die sich mit einer gemeinsamen Erklärung an dieser Evaluation beteiligt haben.

<sup>2</sup> Bundesministerium des Inneren (2006): Evaluation der Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz, Abschlussbericht und Gutachten über Verbesserungspotenziale bei der Umsetzung der Integrationskurse, Dezember 2006.

### 3.2 Vermittlung in Integrationskurse in Wiesbaden

Die schnellstmögliche und bedarfsgerechte Vermittlung der Zuwanderer in das für sie optimale Kursangebot ist ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Umsetzung der Integrationskursverordnung des Zuwanderungsgesetzes. Die besondere Struktur des Einwohner- und Integrationsamtes mit seiner Integrationsabteilung, die unter anderem für diese Aufgabe zuständig ist, hat mittlerweile bundesweit Beachtung gefunden.

Unter Federführung der Integrationsabteilung wurde bereits 2004 ein Netzwerk installiert, dem wie die folgende Grafik zeigt, alle Integrationskursträger, Vertreter der Kommunalen Arbeitsvermittlung, die Regionalkoordination des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge und Vertreter der Ausländerbehörde, kurz alle Akteure, die an der Umsetzung der Integrationskursverordnung beteiligt sind, angehören.<sup>3</sup>

Im Rahmen dieser Kooperation wurde ein Steuerungs- und Berichtssystem entwickelt, das jederzeit das aktuelle Kursplatzangebot für alle Beteiligten abrufbar macht. Damit ist größtmögliche Transparenz hergestellt und auch die gegenseitige Übergabe von potenziellen Teilnehmenden durch die Träger untereinander wird ermöglicht. Das Angebot an Kursplätzen wird gemeinsam am Bedarf orientiert koordiniert und geplant.

Die Sprachstandserhebung erfolgt zentral durch die Integrationsabteilung, die dann die Kurssuchenden an ihrem Sprachniveau und ihren Umfeldbedingungen, orientiert an entsprechende Kursträger, weiter vermittelt. Von besonderem Vorteil bei der Vermittlung an die verschiedenen Träger ist dabei die Neutralität der Integrationsabteilung, die weder wirtschaftliche Interessen verfolgt, noch einzelnen Trägern verpflichtet ist. Durch die

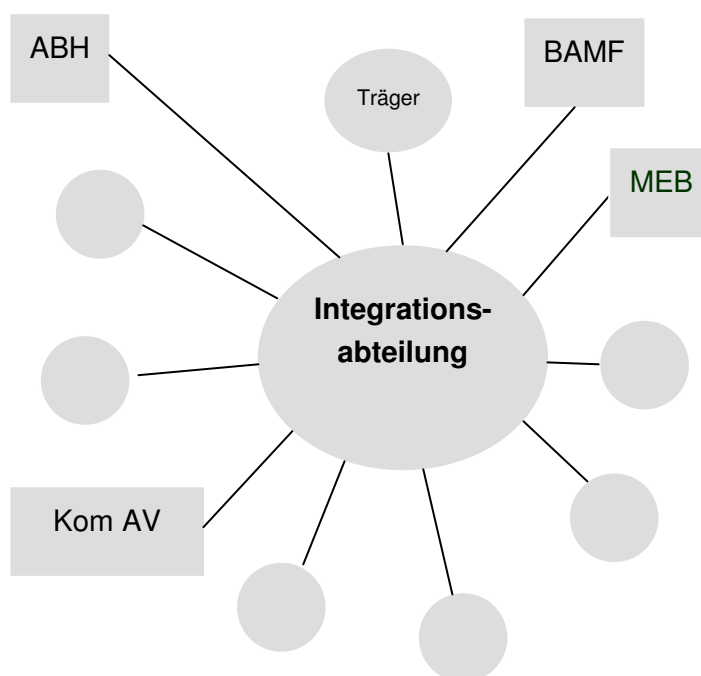
---

<sup>3</sup> Die Kooperation und eine gute Umsetzungsstrategie in den Kommunen wird als eine der wesentlichen Erfolgsfaktoren im durch das BMI initiierten und seit Ende 2006 vorliegenden großen Evaluationsgutachten der Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz genannt, Vgl. ebd. S.115 f.

enge Kooperation mit der Migrationserstberatung im Hause wird die weitere Unterstützung der Neuzuwanderer rund um integrationsrelevante Fragen gewährleistet.

### Kommunales Netzwerk zur Koordination und Steuerung des Integrationskursangebotes

- ABH: Ausländerbehörde*
- BAMF: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*
- MEB: Migrationserstberatung*
- Kom AV: kommunale Arbeitsvermittlung*



### 3.3 Migrationserstberatung der Freien Träger

Ein weiterer Baustein bei der Förderung der Integration nach dem Zuwanderungsgesetz ist die Migrationserstberatung, deren Konzeption am 01.12.2004 durch das Bundesinnenministerium verabschiedet wurde. "Ziel der Migrationserstberatung ist es, den Integrationsprozess bei Neuzuwanderern (Ausländern und Spätaussiedlern) gezielt zu initiieren, zu steuern und zu begleiten, sie soll den Neuzuwanderer zu selbstständigem Handeln in allen Angelegenheiten des täglichen Lebens befähigen."

higen."<sup>4</sup> Beratungsschwerpunkte sind:

- Migrations- und Statusfragen
- Sozialrechtliche Aspekte
- System der beruflichen Aus- und Weiterbildung
- Situation im Vorschul- und Bildungsbereich
- Soziale und psychosoziale Themen, Gesundheitsthemen
- Verhältnis von Migrant/-innen und Einheimischen, insbesondere im Gemeinwesen

Zur Zielgruppe der Beratung gehören neben den Neuzuwandern schon länger hier lebende Migranten mit besonderem Integrationsbedarf oder in Krisensituationen.

Die individuelle Beratung findet in den Räumen der Freien Träger Arbeiterwohlfahrt und Caritasverband statt, die sich ebenfalls im Einwohner- und Integrationsamt befinden. Die Nähe zur Ausländerbehörde und zur Integrationsabteilung ermöglicht eine besonders gute Zusammenarbeit. Beraten wird in den Sprachen Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Kroatisch und den übrigen Sprachen des ehemaligen Jugoslawiens, Kurdisch, Portugiesisch, Russisch, Spanisch und Türkisch.

Aktive Mitarbeit in kommunalen Netzwerken und enge Zusammenarbeit mit anderen Akteuren wie z. B. den Integrationskurs-trägern, der Kommunalen Arbeitsvermittlung, Schulen und weiteren Institutionen und Einrichtungen gehört ebenfalls zum Aufgabengebiet der Migrationserstberatung.

*Jugendmigrationsdienst*

Darüber hinaus bietet der Jugendmigrationsdienst des Internationalen Bundes ebenfalls Beratungsstunden im Integrationsamt an. Sie richteten sich an Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von 12 bis 27 Jahren.

---

<sup>4</sup> Bundesministerium des Innern, Neukonzeption der Migrationserstberatung, Stand: 01.12.2004.

## 4 Einbürgerungen

### 4.1 Neue organisatorische Zuordnung

Die Einbürgerung ist zweifelsohne wichtiger Abschluss einer gelungenen **rechtlichen** Integration, jedoch noch kein abschließender Indikator für tatsächliche Integration. Mit der Einbürgerung werden alle staatsbürgerlichen Rechte, allen voran das Wahlrecht, erworben. Bei der Beurteilung der gesellschaftlichen Teilhabe an Bildung, Einkommen und dem Verhältnis zur Aufnahmegesellschaft ist daher zu berücksichtigen, dass der Kreis der Einzubürgernden sehr vielfältig ist.

Die Einbürgerung und die damit verbundenen Modalitäten rücken daher zunehmend in den Mittelpunkt der integrationspolitischen Debatte. Beleg hierfür sind die Diskussionen um die Einführung von Tests sowie die mittlerweile bundeseinheitliche Einführung von neuen Standards für die Einbürgerung, die zusätzliche Integrationsanforderungen wie z. B. das Absolvieren von Einbürgerungskursen, erhöhte Anforderungen an die Sprachkenntnisse etc. beinhalten.

Insgesamt richtet sich das Augenmerk somit verstärkt auf Maßnahmen, die den Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung stärker als bisher mit tatsächlichen Integrationsleistungen bis hin zu einer Hinwendung zum deutschen Staat verknüpfen und damit die bestehenden rechtlichen Regelungen inhaltlich stärker ausfüllen.

Dieser Entwicklung wurde mit der organisatorischen Eingliederung des für Einbürgerungen zuständigen Sachgebietes in die Integrationsabteilung im Juni 2006 Rechnung getragen. Insbesondere für den Nachweis der erforderlichen Deutschkenntnisse lassen sich die Aufgaben und Kompetenzen der Integrationsabteilung optimal nutzen. Auch stehen durch die Einbindung der Einbürgerung in die Integrationsabteilung den zu erwartenden

den neuen Anforderungen an Einbürgerungsbewerber optimale Strukturen für die Umsetzung bereit.

## 4.2 Zahlen und Fakten

Tabelle 5:

Einbürgerungen 2004-2006			
	2004	2005	2006
Insgesamt	972	815	934
davon eingestellt	39	100	120
Männer	468	420	504
Frauen	504	359	430
aus Afghanistan	73	52	55
aus Irak	43	34	26
aus Iran	97	54	80
aus Marokko	109	76	118
aus Pakistan	37	30	33
aus Polen	25	36	26
aus Russland	25	39	35
aus Serbien u. Montenegro	2	52	63
aus Syrien	32	34	42
aus Türkei	263	142	216
aus sonstige Staaten	166	318	240

## 4.3 Einbürgerungsfeiern

Mit dem Ziel, der Einbürgerung als Vollendung der rechtlichen Integration einen angemessenen Rahmen zu geben und diese entsprechend zu würdigen, wurde auf Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom Juli 2005 ab Oktober 2005 monatlich eine Feierstunde im Rathaus für neu eingebürgerte Wies-



badenerinnen und Wiesbadener eingeführt. Der Empfang für Neubürger/-innen ist ein weiterer Schritt bei den Bemühungen der Stadt für eine bessere Integration.

Die Ansprache des Oberbürgermeisters oder des Integrationsdezernenten, die musikalische Umrahmung, die Aushändigung des persönlichen Fotos an die Eingebürgerten sowie die feierliche Atmosphäre mit der Möglichkeit, politische Repräsentanten Wiesbadens aus nächster Nähe und mit einem offenen Ohr für die verschiedensten Probleme und Fragestellungen erleben zu können, werden von den Gästen durchweg sehr positiv bewertet.

*Foto: Oberbürgermeister Diehl,  
Frau Turan, Herr Garbe  
(v. l.)*



Insgesamt wurden seit Einführung der Einbürgerungsfeiern im Oktober 2005 1117 Personen eingeladen, 502 Personen haben an der Einbürgerungsfeier teilgenommen. Die Anzahl derjenigen, die der Einladung zu dieser Feierstunde gefolgt sind, lag im Durchschnitt bei knapp 50 %.

Nähere statistische Angaben sind der folgenden Tabelle zu entnehmen:

Tabelle 6:

Neubürgerempfänge 2005/2006					
Datum	Anzahl der Eingeladenen	Anzahl der Teilnehmer/-innen	in %	Herkunftsland der jeweils größten Staatengruppe	Anteil in %
13.10.05	48	22	45,83%	Türkei	25,00%
29.11.05	52	29	55,77%	Türkei	23,08%
20.12.05	57	46	80,70%	Serbien/Montenegro (nur Kosovo Albaner)	21,05%
26.01.06	102	31	30,39%	Serbien/Montenegro (nur Kosovo Albaner)	11,76%
15.02.06	93	39	41,94%	Türkei / Marokko	12,90%
16.03.06	64	33	51,56%	Türkei	18,75%
25.04.06	72	37	51,39%	Türkei / Irak / Afghanistan	16,67%
10.05.06	29	14	48,28%	stark vermischt	
22.06.06	91	46	50,55%	stark vermischt	
10.07.06	74	42	56,76%	Marokko	7,40%
10.08.06	102	38	37,25%	stark vermischt	
19.09.06	107	45	42,06%	Türkei	19,26%
11.10.06	50	14	28,00%	stark vermischt	
22.11.06	109	40	36,70%	Türkei	14,21%
19.12.06	67	26	38,81%	Türkei	38,46%
<b>Summe</b>	<b>1.117</b>	<b>502</b>	<b>44,94%</b>		
<b>Mittelwert</b>	<b>74</b>	<b>33</b>	<b>44,94%</b>		

## 5 Sachstand zu den Handlungsfeldern

### 5.1 Sprachkompetenz

***Das wollen wir erreichen:***

***Die Migrantinnen und Migranten verfügen über ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache und der Muttersprache in Wort und Schrift.***

***Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:***

1. In Wiesbaden aufwachsende Kinder aus Migrantenfamilien erlernen systematisch die deutsche Sprache unter Berücksichtigung und Förderung der Zweisprachigkeit.
2. Es existieren speziell integrierte Bildungsangebote für Eltern (insbesondere Mütter) und Kinder.
3. Das Angebot an Sprachkursen/ Grundbildungskursen für Frauen mit Kinderbetreuung und nach Bedarf mit sozialpädagogischer Betreuung ist bedarfsgerecht gesteigert.
4. Die Angebote werden stärker angenommen.

#### Steuerung und Vernetzung

*Trägernetzwerk*

*"Mama lernt Deutsch" ausgebaut*

Das sehr erfolgreiche Projekt "Mama lernt Deutsch" wurde mit insgesamt 27 Kursen an Grundschulen, Moscheen und Kitas weitergeführt. Es wurde insgesamt mit acht Kursträgern kooperiert. Im Rahmen dieses Projektes hat sich der Ansatz der Vernetzung und Kooperation mit freien Trägern und anderen Akteuren dieser Stadt sehr bewährt.

*Innovationsprojekt zur Elternbildung*

*"Mama spricht Deutsch"*

Das Innovationsprojekt "Mama spricht Deutsch" wurde mit Unterstützung des Hessischen Sozialministeriums in Kooperation mit dem Amt für soziale Arbeit im September mit insgesamt fünf Kursen in den Einrichtungen verschiedener kooperierender Träger gestartet. Zielgruppe dieser Konversationskurse sind bildungsferne Mütter, insbesondere Absolventinnen von "Mama lernt Deutsch"-Kursen. Neben der Vertiefung von Sprachkenntnissen werden über ein System von Unterrichtsmodulen gezielt Themen aus dem Bereich Kindererziehung und Gesundheits-

prävention vermittelt.

Dieses Projekt ist ein auch wichtiger Baustein im Rahmen der Umsetzung des Handlungsprogramms Zielgruppenorientierte Elternbildung unter Federführung des Amtes für soziale Arbeit. Mehr hierzu siehe Kap. 5.3 Bildung.

*Aktion "ab 3 dabei" weitergeführt*

Das Monitoring zeigt nach wie vor deutliche Sprachdefizite bei der Gruppe der einzuschulenden Kinder mit Migrationshintergrund auf. Ein wichtiger Baustein für ausreichende Deutschkenntnisse dieser Kinder ist der ausreichende Kindertagesstättenbesuch. Unter Federführung des Amtes für Soziale Arbeit wurde 2005 eine stadtweite Infokampagne zur Steigerung des KT-Besuches in Kooperation mit vielen städtischen und nicht-städtischen Akteuren und Multiplikatoren gestartet<sup>5</sup>. Auch in 2006 wurden vielfältige Informationsveranstaltungen in Moscheen und bei Migrantorganisationen vor Ort durchgeführt. Die Thematik wurde darüber hinaus standardmäßig in die Unterrichte der Kurse Mama lernt Deutsch und Mama spricht Deutsch aufgenommen. Erste Erfolge in der Frage Kindergartenbesuch zeigt das Monitoring auf. So ist die Zahl der Kinder, die eine Elementareinrichtung nur kurz oder gar nicht besucht haben in 2006 gesunken.

### Projekte und Maßnahmen

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2005	Zielerreichung 2006
Projekt "Mama lernt Deutsch"	Einwohner- und Integrationsamt	Mütter erlernen die deutsche Sprache und können den Bildungsweg ihrer Kinder kompetenter unterstützen.	36 Kurse wurden an Kitas, Grundschulen und Moscheen mit insg. 460 Frauen durchgeführt.	27 Kurse wurden an Kitas, Grundschulen und Moscheen mit insg. 366 Frauen durchgeführt.
Projekt "Mama spricht Deutsch"	Einwohner- und Integrationsamt/Amt für soziale Arbeit	Bildungsferne Mütter vertiefen ihre Kenntnisse der Deutschen Sprache. Sie erweitern		5 Kurse wurden in unterschiedlichen Einrichtungen mit insgesamt 46 Teilnehmerinnen durch-

<sup>5</sup> Ausführlich dargestellt im Integrationsbericht 2005, Kap 5.1.

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2005	Zielerreichung 2006
		zudem ihre Elternkompetenz.		geführt.
Netzwerk Sprachkursträger	Einwohner- und Integrationsamt	Sprachkursangebot in Wiesbaden bedarfsgerecht optimieren.	Netzwerk Sprach- und Integrationskursträger läuft stabil, Steuerungs- und Berichtswesen etabliert.	Netzwerk Sprach- und Integrationskursträger läuft weiterhin stabil. Steuerungs- und Berichtswesen etabliert.
Sprach- und Integrationskurse nach dem Zuwanderungsgesetz	Sprachkurs-träger	Bedarfsgerechtes Angebot an Sprach- und Integrationskursen.	302 Sprachkurse mit insgesamt 3.830 Teilnehmer/-innen.	218 Sprachkurse mit insgesamt 2.770 Teilnehmer/-innen.
Öffentlichkeitsarbeit	Einwohner- und Integrationsamt	Optimierung der Informationen und Beratung zu Sprachkursen.	Wegweiser zum Erwerb der deutschen Sprache und weitere Infomaterialien sind erstellt und im Stadtgebiet verteilt.	Diverse Infomaterialien zum Sprachkursangebot erstellt, Informationen zu Sprachkursen auch über Internet abrufbar.
Förderung von Tandem International, Fazit e.V. und Fresko e.V.	Einwohner- und Integrationsamt	Aufrechterhaltung des Angebotes.	Konversationskurse in fünf Stadtteilen und weitere Sprachkursangebote, zum Teil frauenspezifische Angebote.	Konversationskurse in fünf Stadtteilen und weitere Sprachkursangebote, zum Teil frauenspezifische Angebote.
Förderung von Xenia interkulturelle Projekte gGmbH für Projekt "Bildungspaten"	Einwohner- und Integrationsamt	Förderung von Grundschulern aus bildungsbenachteiligten Familien mit Migrationshintergrund durch ehrenamtliche Patenschaften.	Derzeit werden 27 Kinder aus Familien mit Migrationshintergrund von 23 ehrenamtlichen Helfern individuell in ihrem Schulprozess begleitet und unterstützt.	Das Projekt wurde mit 23 ehrenamtlichen Helfern weitergeführt.
Förderung von Xenia interkulturelle Projekte gGmbH für Konversationskurs	Einwohner- und Integrationsamt	Sicherung der Nachhaltigkeit von erworbenen Sprachkenntnissen bei Teilnehmerinnen von Deutschkursen und "Mama lernt Deutsch"-Kursen.	Regelmäßiges Angebot wurde für eine Gruppe von ca. 15 Teilnehmerinnen etabliert.	Angebot wurde weitergeführt.
Förderung von	Einwohner-	Sicherung der		Regelmäßiges An-

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2005	Zielerreichung 2006
Kinder- und Beratungszentrum Sauerland (KBS) für Konversationskurs	und Integrationsamt	Nachhaltigkeit von erworbenen Sprachkenntnissen bei Teilnehmerinnen von Deutschkursen und "Mama lernt Deutsch"-Kursen.		gebot wurde für eine Gruppe von ca. 15 Teilnehmerinnen etabliert.
Förderung von Arbeitsgemeinschaft Sozialer Brennpunkt Presberger Straße e.V. für Konversationskurs	Einwohner- und Integrationsamt	Sicherung der Nachhaltigkeit von erworbenen Sprachkenntnissen bei Teilnehmerinnen von Deutschkursen und "Mama lernt Deutsch"-Kursen.		Regelmäßiges Angebot wurde für eine Gruppe von ca. 15 Teilnehmerinnen etabliert.
Aktion "ab 3 dabei"	Amt für soziale Arbeit	Rechtzeitiger und ausreichend langer Kindergartenbesuch, v. a. bei Kindern mit Migrationshintergrund erreichen; Ziel = Förderung, soziale Integration und Verbesserung der Deutschkenntnisse.	Auftaktveranstaltung mit Multiplikatoren durchgeführt. Mehrsprachige Flyer erstellt, Infoveranstaltungen bei Migrantenselbstorganisationen und Moscheen durchgeführt.	Infoveranstaltungen in Moscheen und Migrantenselbstorganisationen weitergeführt. Thema zum Standard in Sprachkurse eingeführt.
Leitfaden zum Thema Erziehung zu Mehrsprachigkeit	Einwohner- und Integrationsamt	Erhöhung der Kompetenz von Eltern und Fachpersonal im Umgang mit der Erziehung zur Bilingualität.		In Arbeit.

### Ausblick

Das Angebot an Sprachkursen hat sich durch die seit 01. Januar 2005 eingeführten Integrationskurse verändert. Viele Träger haben ihr Angebot weitestgehend auf die Integrationskurse umgestellt. Einige große Träger bieten darüber hinaus Kurse für andere Zielgruppen an. Es bleibt abzuwarten, welche Konsequenzen durch die Bundesebene aus der Evaluation der Integrationskurse gezogen werden und wie sie sich auf die Trägerlandschaft und das Sprachkursangebot in Wiesbaden auswirken.

Das sehr erfolgreiche Projekt "Mama lernt Deutsch" wird am Bedarf orientiert weitergeführt.

Die Pilotphase für die durch das Hessische Sozialministerium als Innovationsprojekt für Hessen geförderten Kurse "Mama spricht Deutsch" endet im September 2007. Danach wird über die Weiterführung des Projektes entschieden.

## 5.2 Bildung

***Das wollen wir erreichen:***

***Die Bildungsbeteiligung und die Bildungschancen von Migrantinnen und Migranten sind nachhaltig verbessert und deren oft brachliegende Bildungsreserven sind erschlossen.***

***Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:***

1. Programme und Maßnahmen zur Eltern- und Familienbildung für Migrantinnen und Migranten sind entwickelt.
2. Zwischen schulischen und nicht schulischen Bildungseinrichtungen sind Kooperationsmodelle zu entwickeln, die sich besonders darauf richten, zugewanderte Familien, vor allem die Mütter, in die Bildungsprozesse ihrer Kinder stärker einzubeziehen.
3. Der Kindergartenbesuch ist bei den Gruppen von Migrantenkindern zu fördern, die bislang seltener oder kürzer als andere den Kindergarten besuchen.
4. Es existieren in allen Einrichtungen systematische Konzepte zur Schulvorbereitung.
5. Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien sind stärker als bislang in Regelklassen eingegliedert (d.h. Rückgang des Migrantenanteils in den Sonderschulklassen).
6. Grundschulen mit einem weit überdurchschnittlichen Anteil an Migrantenkindern werden in Bezug auf ihre pädagogische Qualität und Integrationsleistung besonders unterstützt.
7. Seiten- und Späteinsteiger (Pendelmigration) werden als spezielle Zielgruppe gefördert.
8. Migrantenkinder werden gefördert mit dem Ziel der Verbesserung des Schulerfolgs an höheren Schulen.
9. Migrantenkinder mit guten Leistungen werden zum Übergang ins Gymnasium und vergleichbare Bildungswege gefördert.
10. Die Ausbildungsbereitschaft und die Erweiterung des Berufsspektrums von jugendlichen Migranten werden gefördert.
11. Der Einstieg in die Berufsbildung von Migrantinnen und Migranten wird nachhaltig gefördert, wie zum Beispiel durch das Programm Wege zur Berufsbildung.
12. Das Bildungsangebot für erwachsene Migrantinnen und Migranten wird erhöht, deren Inanspruchnahme steigt.

## Steuerung und Vernetzung

*Fachgespräche zur Förderung des Übergangs zu und Besuch von weiterführenden Schulen von Schüler/-innen aus bildungsfernen Familien.*

Unter Federführung des Einwohner- und Integrationsamtes wurde im Rahmen von drei Fachgesprächen unter Beteiligung des Staatlichen Schulamtes, Leiter/-innen einer Grund-, Real- und Gesamtschule sowie Vertreter/-innen des Amtes für Soziale Arbeit und des Ausländerbeirates ein kommunales Handlungsprogramm zur Förderung von Schüler/-innen aus bildungsfernen Familien beim Übergang zu und Besuch von weiterführenden Schulen erarbeitet. Dieses beinhaltet beispielsweise den Ausbau von Bildungspatenschaften, die Entwicklung eines Elternbegleitheftes, die Weiterentwicklung des Lotsenprojektes MIMI um Themen zum Schulsystem, den Aufbau einer Schullaufbahnberatung mit bildungsfernen Eltern u. a. Für die Umsetzung dieses Handlungsprogrammes ist die Einrichtung eines Steuerungskreises Bildung für 2007 geplant.

## Projekte und Maßnahmen

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2005	Zielerreichung 2006
Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung in Wiesbaden	Amt für Soziale Arbeit	Datengestützte Bestandsaufnahme zur Bildungsbeteiligung einzelner Bevölkerungsgruppen im vorschulischen und schulischen Bereich, darunter insbesondere die Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Kindern sowie zwischen Jungen und Mädchen. Identifizierung von kommunalen Handlungsfeldern zur Verbesserung der Bildungsbeteiligung.	Der Sozialbericht zur Bildungsbeteiligung ist in 12/05 vom Magistrat beschlossen worden. Die vorgeschlagenen Handlungsprogramme zur Verbesserung der Bildungsbeteiligung wurden beauftragt. Ergänzend sollen weitere repräsentative Analysen zur schichtenspezifischen Bildungsbeteiligung und zur Bedeutung der non-formalen und informellen Bildung vorgenommen werden.	Die Aufträge zur Umsetzung der Ergebnisse des Sozialberichtes werden gemäß Beschlussnr. 1155 des Magistrats vom 13.11.05 durch die Verwaltung abgearbeitet: Es wird eine Erhebung der Bildungsbeteiligung aller Schüler/-innen der 4. Grundschulklassen gemeinsam mit der Universität Mainz geplant und im Frühjahr 2007 durchgeführt. Eine Änderung der Schulbezirkssatzung erfolgte bisher lediglich durch Teilverfügungen des Schul-



Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2005	Zielerreichung 2006
				<p>dezernenten (z. B. für Schiller-, Kleist- und Jahn-Schule). Diese verhindern ein Ausufernden der Gestaltungen.</p> <p>Eine konkrete Planung zum Ausbau der Betreuenden Grundschulen wurde vom Sozialdezernat mit SV 05-V-51-0037 erarbeitet. Konkrete Beschlüsse stehen noch aus. Das IZBB-Programm wird 2007 abgewickelt sein (haushaltstechnisch in 2008). Die Kompatibilität mit dem "Ganztagsprogramm nach Maß" des Landes war Voraussetzung. Hierfür standen/stehen in den Jahren 2006-2008 jährlich eine Lehrerstelle zu Verfügung. Diese Stellen wurden an folgende Schulen vergeben: Gutenbergschule/ Gymnasium am Mosbacher Berg, Brüder-Grimm-Schule/Albert-Schweitzer-Schule i. V. mit G.-Stresemann-Schule und Kellerskopfschule.</p> <p>Das Monitoring zur Bildungsbeteiligung wurde für das Jahr 2006 fortgeschrieben und in Form eines Berichtes dem Magistrat vorgelegt. Der Magistrat hat die Ergebnisse mit Beschluss Nr. 0882 vom 17.10.2006 zur Kenntnis genom-</p>

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2005	Zielerreichung 2006
				men. Der Bericht zum Bildungsmonitoring ist auch im städtischen Intranet sowie im Internet abrufbar. Die nächste Fortschreibung ist für Herbst 2007 geplant.
Handlungsprogramm zur Verbesserung der Bildungschancen und -ergebnisse von Kindern in Kindertagesstätten	Amt für Soziale Arbeit	Verbesserung der Bildungschancen für Kinder in Wiesbadener Kindertagesstätten.	Programm z. T. umgesetzt (trägerübergreifende Standards, Sprache und Bewegung fertig; Übergang KT-Grundschule in Vorbereitung; Öffnung städt. Fortbildungsangebote für andere Träger, Konzept Elternbildung s. u.).	Stadtweiter Standard zum Übergang KT-GS liegt als Empfehlung inkl. Arbeitsmitteln vor und ist an alle KTs und Grundschulen verteilt; Begleitung der Umsetzung in Vorbereitung (Fachtagung, Evaluation, Begleitprojekte)
Zielgruppenorientierte Elternbildung - Konzeptentwicklung	Amt für Soziale Arbeit	Verbesserung der Teilhabe bildungsferner Eltern mit und ohne Migrationshintergrund an Maßnahmen der Elternbildung, dadurch Verbesserung der Versorgungs-, Erziehungs- und Förderkompetenz.	Handlungsprogramm liegt vor. STVV-Beschluss zur Umsetzung 1. Phase (2006/07) liegt vor.	Fachstelle Elternbildung und Fachbeirat eingerichtet; verschiedene Projekte angelaufen (vgl. Pkt. 6 Schlüsselprojekte)
Handlungsprogramm zur Förderung der Übergänge Grundschule - Weiterführende Schulen	Einwohner- und Integrationsamt	Handlungskonzept zur fachlichen Begleitung der Übergänge von der Grundschule zur Sekundarstufe 1 für Kinder aus bildungsfernen Familien liegt vor und ist mit Zielen und Messgrößen versehen.		Entwurf Handlungsprogramm liegt vor. Zu klären sind noch die Standorte sowie die materiellen und personellen Ressourcen. Ziele und Messgrößen müssen noch formuliert werden.

## Ausblick

Die vielfältigen Projekte zur Verbesserung der Bildungsbeteiligung von bildungsfernen Bevölkerungsgruppen und Migranten sind breit implementiert und zum größten Teil in der Umsetzung.

Neben der Standardbildung und kontinuierlichen Zielverfolgung müssen Stadt und Land verstärkt Ganztagsbetreuungsangebote für unter 3jährige und Grundschul Kinder mit guten Bildungsangeboten entwickeln und im Sekundarbereich I auch außerhalb der Gymnasien d. h. insbesondere an Real- und Gesamtschulen ganztägige Betreuungs- und Bildungsangebote anbieten, um die Bildungsbeteiligung und Bildungsergebnisse der Migrant/-innen nachhaltig zu fördern.

## 5.3 Teilhabe am Arbeitsmarkt

### *Das wollen wir erreichen:*

*Die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten an der Erwerbsarbeit ist quantitativ und qualitativ verbessert. Hier liegt besonderes Augenmerk bei Mädchen und Frauen.*

### *Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:*

1. Die Anpassungsfähigkeit von Migranten an den sektoralen und beruflichen Strukturwandel der deutschen Wirtschaft ist insbesondere durch Bildung und Fortbildung zu verbessern.
2. Nachhaltige Existenzgründungen und die Entfaltung der wirtschaftlichen Chancen von Migrantinnen und Migranten sind gefördert.
3. Netzwerke mit Vertretern der Wirtschaft sind aufgebaut.

Geringe Erwerbsbeteiligung und Arbeitslosigkeit stellen nach wie vor große Integrationsprobleme der Migrantinnen und Migranten in Wiesbaden dar. Zwischen 9/2001 und 9/2005 ist die Beschäftigungsquote der Wiesbadener Einwohner/-innen im Alter zwischen 18 und unter 65 Jahren von 54,4 % auf 50,1 % zurückgegangen. Die Beschäftigungsquote der Ausländer reduzierte sich jedoch von 42,2 % auf 33,6 %.

Analog liegt die Arbeitslosigkeit der Ausländer/-innen hoch. Im

September 2006 betrug die bezogen auf die abhängigen zivilen Erwerbspersonen für alle Wiesbadener 11,3 % und für die Wiesbadener mit nicht-deutscher Staatsangehörigkeit 21,6 %. Im Dezember 2006 waren 3.650 Ausländer/-innen (1.865 männlich, 1.785 weiblich) in Wiesbaden arbeitslos gemeldet; der überwiegende Teil (2.823, 1.378 männlich und 1.445 weiblich) wird im Rechtskreis SGB II, d. h. vom Amt für Soziale Arbeit als zugelassener kommunaler Träger betreut. Insgesamt ist 2006 die Arbeitslosigkeit in beiden Rechtskreisen SGB III und SGB II gesunken; dies gilt auch für die Arbeitslosigkeit der Ausländer/-innen.

In der Wiesbadener Arbeitsmarkt-, Beschäftigungs- und Qualifizierungspolitik werden keine besonderen Strategien für Arbeitssuchende mit ausländischer Staatsangehörigkeit oder mit Migrationshintergrund gefahren, vielmehr richtet sich die Eingliederungsstrategie nach der Arbeitsmarktnähe, den Qualifizierungsbedarfen und -möglichkeiten und nach der Beschäftigungsnachfrage der regionalen Wirtschaft.

Wesentliche Maßnahmen für arbeitssuchende Migrant/-innen waren in 2006 Qualifizierungs- und Beschäftigungsangebote sowie Sprachkurse. Migrant/-innen partizipieren selbstverständlich besonders bei der Teilnahme an vielfältigen Sprachkursen in unterschiedlichen Niveaus (2006 haben 1389 Personen im SGB II einen Sprachkurs aufgenommen), aber auch bei der außerbetrieblichen Berufsausbildung nach SGB VIII und SGB II, hier haben ca. 2/3 der Teilnehmer/-innen einen Migrationshintergrund. Wichtige Angebote für Migrant/-innen sind außerdem Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung, Arbeitsgelegenheiten und Hilfen zur Existenzgründung. Insgesamt haben in 2006 11.439 erwerbsfähige Hilfebedürftige aus dem Rechtskreis SGB II an einer arbeitsmarktlichen Qualifizierungs- oder Beschäftigungsmaßnahme teilgenommen; bezogen auf alle tatsächlichen Arbeitssuchenden im SGB II waren dies im Laufe des Jahres 2006 100% der Arbeitssuchenden unter 25 Jahren und immerhin 70 % der Arbeitssuchenden über 25 Jahren. Eine Differenzierung dieser Daten hinsichtlich Nationalität

oder Migrationshintergrund ist nicht möglich.

Dieses breite und umfassende Aktivierungs- und Qualifizierungsangebot hat 2006 zu guten Vermittlungsergebnissen von arbeitsuchenden Bewerbern aus dem SGB II in den 1. Arbeitsmarkt geführt. So konnten 5.971 SGB II-Bezieher eine Beschäftigung im 1. Arbeitsmarkt aufnehmen, dies waren 35,6 % der tatsächlich Arbeitsuchenden aus dem SGB II. Leider reichte für viele dieser Arbeitsmarktintegrationen das Einkommen nicht für eine selbstständige Lebensführung ohne SGB II-Leistungen; diese konnten nur 1.161 Personen bzw. Bedarfsgemeinschaften erreichen. Auch für diese Daten liegen keine nationalitäts- oder migrationspezifischen Ausprägungen vor.<sup>6</sup>

2007 wird das Amt für Soziale Arbeit diese erfolgreiche Eingliederungspolitik fortsetzen und im Sinne der Ziele des Integrationskonzeptes verstärken. Nachhaltige Vermittlung in Erwerbsarbeit, grundständige berufliche Ausbildung und Qualifizierung sowie eine intensive Förderung und Begleitung von Existenzgründungen in enger Kooperation mit EXINA stehen auf dem Arbeitsprogramm der kommAV und der Ausbildungsagentur. Bei allen Fachkräften sind migrationspezifische Problemdeutungen und Lösungsformen präsent, so dass weitere zielgruppenspezifische Arbeitsformen nicht ausdifferenziert werden müssen.

Für Schüler/-innen mit Migrationshintergrund bietet das im Februar 2007 gestartete Kompetenzentwicklungsprogramm/Kompetenzagentur an den Haupt- und Integrierten Gesamtschulen durch die Schulsozialarbeit ein weitere Verbesserung der beruflichen Orientierungs- und Bildungsmöglichkeiten im Übergang Schule - Beruf.

---

<sup>6</sup> Diese Daten sind entnommen aus dem Wiesbadener Geschäftsbericht SGB II 4. Quartal 2006.  
Siehe [www.wiesbaden.de/sozialplanung](http://www.wiesbaden.de/sozialplanung)

## 5.4 Wohnen und Zusammenleben im Stadtteil

*Das wollen wir erreichen:*

*Die Wohnsituation der auf dem Wohnungsmarkt benachteiligten Haushalte, vor allem der Familienhaushalte mit Migrationshintergrund, ist weiter verbessert und den Wiesbadener Normalbedingungen angenähert worden. Das gilt vorrangig für die angemessene Wohnungsgröße.*

*Ethnisch geschlossene Quartiere haben sich nicht herausgebildet, die sozialräumliche Entmischung hat nicht zugenommen, die Aufnahmegesellschaft hat sich weiter geöffnet für das interkulturelle Zusammenleben in den Nachbarschaften, in den Stadtteilen und in der Nutzung lokaler Infrastrukturen.*

*Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:*

1. Für die oben genannten Zielgruppen geeignete Wohnraumangebote sind durch Bestandspflege und Neubau erhalten und erweitert worden.
2. Zugangschancen und Belegungsrechte zugunsten der oben genannten Haushalte sind erhalten und erweitert worden, ohne deren räumliche Konzentration im Stadtgebiet zu erhöhen.
3. Die sozial gebundenen bzw. bewirtschafteten Wohnungen werden bedarfsgerecht und nach Maßgabe funktionierender Nachbarschaften belegt. Die im Zuge der Konsolidierung entwickelten und in Verbindung mit den Wohnungsunternehmen flexibel gestalteten Vergabeverfahren folgen diesen Grundsätzen.
4. Die Bildung von Wohneigentum durch Haushalte mit Migrationshintergrund wird gefördert und nimmt zu.
5. Die Chancen der Migrantinnen und Migranten zur Teilhabe am Leben in den örtlichen Gemeinschaften und zur Pflege ihrer kulturellen Identität in eigenen Gruppen sind in der Stadt und vor allem in den Stadtteilen gewachsen. Die Aktivitäten von Migrant/-innen in Vereinen werden gefördert, soweit sie der gesellschaftlichen Integration nicht abträglich sind. Die Migrant/-innen-Communities sind in die Stadtteilarbeit einbezogen.
6. Ein Netz stadtteilorientierter Angebote und eine dazugehörige soziale Infrastruktur sichert und verstärkt die sozialen Teilhabe-Chancen der Migrant/-innen; dieses in Wiesbaden besonders tragfähige Netz wird im Verbund verschiedener Träger und Initiativen auch unter Konsolidierungsdruck weiterentwickelt.

### Wohnen und Stadterneuerung

1. Die Verfügungsmöglichkeiten über Wohnraum werden in erster Linie durch Marktmechanismen "gesteuert", also das Verhältnis von Angebot zu Nachfrage. Der Kommune kommt eine "ergänzende Funktion" zu – im Sinne der Unterstützung angemessener Zugangschancen benachteiligter Haushalte.

Vor diesem Hintergrund ist die zentrale Fragestellung, zu welchen Konditionen der Markt Wohnraum bereit hält und

welche Handlungsoptionen Haushalte mit mittleren und geringen finanziellen Ressourcen oder persönlichen oder sozialen Benachteiligungen haben.

2. Die aktuellsten Daten zum Wohnungsmarkt weisen – ausgehend vom Wohnungsbestand und den in Wiesbaden gemeldeten Haushalten – ein Defizit von etwa 3.300 Wohnungen zum ausgeglichenen Wohnungsmarkt aus. Gleichzeitig ist das Preisniveau, zu dem Mietwohnraum angeboten wird, dauerhaft mit knapp unter 8 € netto/Kaltmiete im Durchschnitt aller Wohnlagen und Baualtersklassen recht hoch. Die Zugänge am Wohnungsmarkt durch Neubauten finden fast ausschließlich in eigentumsorientierten Segmenten – Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern bzw. Eigentumswohnungen – statt.

Aus der skizzierten "Gesamtgemengelage" wird deutlich, dass die Lage im preiswerten Wohnungsmarkt-Segment, d. h. insbesondere für Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen unter besonderem Druck steht. Vor allem für Familienhaushalte und Haushalte mit spezifischen "Handicaps" – z. B. Schulden, Alleinerziehende, Menschen in besonderen sozialen Notlagen – ist die angemessene Wohnungsversorgung schwierig.

3. Die Steuerungsmöglichkeiten der Kommune haben gleichzeitig deutlich abgenommen: Analog zum "Abschmelzen" der Sozialwohnungsbestände konnten in 2006 nur noch knapp 800 öffentlich geförderte Wohnungen im Rahmen der Kooperation zwischen Wohnungswirtschaft und Wohnungsamt belegt werden. Dem gegenüber standen zum Jahresende ca. 2.500 unversorgte Haushalte, deren Einkommen zum Bezug einer öffentlich geförderten Wohnung berechtigt, auf "Warteposition" in der Datei der Wohnungssuchenden beim Wohnungsamt.
4. Der Anteil von Migranten-Haushalten an den wohnungssuchend Registrierten liegt zwischen 23 % bei Einpersonenhaushalten und 43 % bei Fünf- und Mehrpersonen-

Haushalten. Haushalte mit Migrationshintergrund – diese sind in "Datei" so nicht zählbar – dürften nach Schätzung der Sachbearbeiter/-innen im Aufgabenbereich etwa bei 85 % der Wohnungssuchenden liegen.

Ausgehend von der Prämisse, dass die Datei der Wohnungssuchenden insbesondere Haushalte aufweist, die sich am Wohnungsmarkt nicht oder nur schlecht selbst versorgen können, muss hier zumindest für Haushalte mit Migrationshintergrund von einer deutlich höheren Betroffenheit am Wohnungsmarkt ausgegangen werden.

In den von der Wohnungsvermittlung gesteuerten Belegungsverfahren kommen Haushalte mit Migrationshintergrund entsprechend ihrem Anteil an den Wohnungssuchenden zum Zuge – zu Problemen beim Abschluss eines Mietvertrages führen aktuell eher andere "Handicaps" z. B. Überschuldung der Betroffenen.

5. Bezüglich der Lage der zu belegenden öffentlich geförderten Wohnungen haben sich mittlerweile relativ wenige "Inseln" mit verbliebenen größeren Beständen herausgebildet: Über mehr als 500 gebundene Wohnungen verfügen lediglich noch das Bergkirchenviertel, Klarenthal, Parkfeld, Schelmengraben sowie in AKK der Bereich Uthmannstraße.

6. Festzuhalten bleibt, dass sich im Laufe des Jahres 2006 weder der Segregationsindex verändert hat, noch haben sich Verschiebungen hinsichtlich der von Migranten bewohnten Stadtteile ergeben:

In den dicht bebauten innerstädtischen Wohnlagen wie Mitte (mit Bergkirchenviertel) und Westend/Bleichstraße, aber auch Rheingauviertel und Biebrich liegt der Migrantenanteil deutlich über dem gesamtstädtischen Durchschnitt, des gleichen in den Großsiedlungen des früheren sozialen Wohnungsbaus wie Schelmengraben, Klarenthal und in AKK insbesondere in Kastel und Amöneburg.

In diesen Stadtteilen liegt gleichzeitig die Kaufkraft je Einwohner deutlich unter dem gesamtstädtischen Durchschnittswert – ein Indiz dafür, dass diese Wohnlagen in ers-



ter Linie Haushalte mit niedrigerem Einkommen beherbergen und dieses besonders häufig Haushalte mit Migrationshintergrund sind.

7. Im geförderten Wohnungsbau ist die Bestandsförderung mittlerweile mit dem Neubau an Bedeutung gleichgezogen. Im Jahr 2006 wurden im Neubau und in der Bestandssanierung und -modernisierung jeweils rund 40 Wohnungen mit Mietpreis- und Belegungsbindung hergerichtet.
8. Eigentums-Erwerb:  
Kostengünstigen Darlehen im Rahmen der Hessischen Landesförderung zum Eigentumserwerb wurden in 2006 in 8 von 10 Fällen an Haushalte mit Migrationshintergrund vergeben. Das Instrument erreicht damit vorrangig diese Zielgruppe und unterstützt sie in der Bildung von Wohneigentum.
9. Stadteilerneuerungsprojekte:  
Zukunftsweisend ist der "ganzheitliche" Ansatz der quartiersbezogenen Stadterneuerungs-Projekte, die in sog. Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf alle relevanten Themen – und somit auch jeweils das Thema der Integration als Querschnittsaufgabe – aufgreifen. Kennzeichnend für diese Projekte ist die behutsame bauliche und städtebauliche Aufwertung, aber auch das Angebot einer unterstützenden Infrastruktur in Form von Stadtteilbüros und Quartiersmanagement und das Fördern der kulturellen, sozio-kulturellen, ökonomischen, aber auch der Ressourcen für ehrenamtliches Engagement in den Stadtteilen.  
Positive Erfolge in den Programmstandorten "Soziale Stadt" – dem Inneren Westend und Biebrich Süd-Ost bestätigen die Erfolgchancen dieser Ansätze.  
Neu ist hier die erstmalige Möglichkeit, auch Projekte zu fördern, die nicht im Zusammenhang mit Investitionen stehen. Im Westend läuft in 2007 zum Thema "Bildungsbeteiligung" eine breit angelegte Kooperation zwischen Kinderzentrum und den Schulen, die die Kinder des Stadtteils besuchen, an. Zur nachhaltigen Existenzgründungsberatung

wird – in Kooperation mit Exina und der Agentur für Arbeit – ein über Qualifizierung für Gründer hinausgehendes Coaching in der Startphase des Unternehmens im Rahmen eines Modellprojektes angeboten. Beides sind Projekte, die – da die Teilnehmer überwiegend Migrationshintergrund haben werden – gezielte Beiträge zur Integration leisten werden.

### Projekte und Maßnahmen

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2005	Zielerreichung 2006
Projekt AKTiS - Aktiv im Stadtteil bis Ende 2005 In 2006 Sozialräumliche Entwicklungsplanung	Amt für Soziale Arbeit	Verbesserung der Lebenssituation und des sozialen Zusammenhaltes in Stadtteilen mit besonderen Bedarfslagen.	Soziale Stadtteilentwicklungspläne sind fortgeschrieben. Wesentliche soziale Herausforderungen sind projektförmig und beteiligtenorientiert bearbeitet. Konzept zur zukünftigen sozialräumlichen Entwicklungsplanung im Amt für Soziale Arbeit ist erstellt.	Fachplanung sozialräumliche Entwicklungsplanung ist etabliert. Umsetzung des Konzeptes der sozialräumlichen Entwicklungsplanung hat begonnen. Verantwortlichkeiten für Stadtteile und Regionen im Amt für Soziale Arbeit sind geklärt.
Programm Soziale Stadt "Inneres Westend"	Wohnungsamt	Zukunftsfähigkeit der Quartiere für Wohnen und Gewerbe nachhaltig sichern.	Wellritzhof-Projekt mit allen Konzeptbausteinen (Senioren-Wohnen, Kinderzentrum, Spiel- und Bewegungshalle, "Grüne Oase") konzeptionell geklärt und politisch abgesichert. Zuschuss zur neuen Gymnastikhalle des Turnvereins "Eintracht" beschlossen. Umsetzung i. V. mit dem Caritasverband eingeleitet. Initiative des Gewerbevereins zur Belebung des Platzes d. Einheit, z. B. Bier-	Ausführung Wellritzhof-Projekt mit allen Konzeptbausteinen (Senioren-Wohnen, Kinderzentrum, Spiel- und Bewegungshalle, "Grüne Oase") ist vorbereitet. Bau der neuen Gymnastikhalle des Turnvereins "Eintracht" ist vorbereitet: Abbruch ist ausgeführt. Erster Bauabschnitt Umgestaltung des Hofes der

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2005	Zielerreichung 2006
			garten "Zusammenhalt". Erneuerung des Bolzplatzes an der Bertramstr. und Umgestaltung des Hofes der Blücherschule.	Blücherschule ist realisiert. Sanierung Faulbrunnenplatz ist beschlossen. Am Platz der dt. Einheit: Verkehrsinsel ist "abgeräumt" und öff. Toilette wieder eröffnet
Programm Soziale Stadt "Biebrich Südost"	Wohnungsamt	Zukunftsfähigkeit der Quartiere für Wohnen und Gewerbe nachhaltig sichern.	Offener Beteiligungsprozess zur Umgestaltung des Rheinuferes erfolgreich realisiert, Umsetzung eingeleitet, soziokulturelle Stadtteilarbeit auf dem "Bauhof" stabilisiert und ausgebaut, neue Initiativen zur Gewerbeentwicklung mit Partnern aus der Migrantenökonomie.	
Förderung des Projektes "Seniorentreff Klarenthal" Volksbildungswerk Klarenthal e.V. (VBW)	Einwohner- und Integrationsamt	Integration von älteren Menschen mit Migrationshintergrund in den Seniorentreff des Stadtteils.	Konzept ist entwickelt, Maßnahme befindet sich im Aufbau.	

### Ausblick

Die sozialräumliche Entwicklungsplanung wird mit den drei Schwerpunkten sozialräumliches Berichtswesen, Durchführung von abteilungsübergreifenden Projekten mit Stadtteilbezug und besondere Stadtteilentwicklungsprojekte einen Beitrag zur gelingenden Integration und dem Zusammenleben im Stadtteil leisten.

Im ersten Halbjahr 2007 wird der neue Soziatlas mit einem erweiterten Indikatorenset erscheinen. Bestandteil des Sozialat-

las 2007 sind u. a. Stadtteilprofile, in denen die Entwicklung der riskanten Lebenslagen und der sozialadministrativen Interventionen in der Zeitreihe 2000 bis 2005 dargestellt werden.

## 5.5 Gesundheitsversorgung, Pflege und Beratung

***Das wollen wir erreichen:***

***Der Zugang zu gesundheitlichen Vorsorgemaßnahmen, Pflege und effektiveren Behandlungsformen mit besseren Verständigungsmöglichkeiten ist zu verbessern.***

***Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:***

1. Datengrundlagen für diesen Kompetenzbereich sind entwickelt. Akteursnetzwerke sind aufgebaut.
2. Bei der Bearbeitung des Themenfeldes Gesundheitsvorsorge, Pflege und soziale Beratung finden die Bedarfe älterer Migrantinnen und Migranten besondere Berücksichtigung.

### Steuerung und Vernetzung

*Steuerungskreis Gesundheit gezielt erweitert*

Der verwaltungsübergreifende und interdisziplinär zusammengesetzte Steuerungskreis Gesundheit wurde gezielt um weitere Mitglieder aus dem Bereich niedergelassener Ärzte mit eigenem Migrationshintergrund ergänzt.

Der Steuerungskreis hat ein umfassendes Handlungsprogramm verabschiedet, das erfolgreich umgesetzt wurde.

Das Handlungsprogramm Gesundheit setzt die Schwerpunkte bei

- Prävention
- Information und Aufklärung
- Interkulturelle Kompetenz bei Fachpersonal
- Ältere Migrant/-innen

*Neue Kennzahlen zur Gesundheit*

Im letzten Jahr wurden nach eingehender Recherche die beiden Kennzahlen zum Themenbereich Gesundheit

- Teilnahme an Vorsorgeuntersuchungen und

- Übergewicht bei einzuschulenden Kindern in das Monitoringsystem aufgenommen.

Auf Basis dieser beiden Kennzahlen wurden verstärkt Maßnahmen durchgeführt, um eine positive Entwicklung zu unterstützen.

*Flyer zu Impfungen und Vorsorgeuntersuchungen*

So wurde auf Anregung des Steuerungskreises Gesundheit vom Gesundheitsamt ein Flyer entwickelt, der sich an Geburtskliniken, Hebammen und Kinderarztpraxen richtet und über Sinn und Notwendigkeit von Impfungen und Vorsorgeuntersuchungen für Kinder informiert. Dieser Flyer wurde durch die MiMi-Gesundheitslotsen in neun Sprachen (türkisch, russisch, arabisch, persisch, englisch, französisch, spanisch, italienisch und serbokroatisch) übersetzt und von den Multiplikatoren gezielt an Eltern verteilt.

*Flyer zu den Vorsorgeuntersuchungen U8 und U9*

Ein weiterer Flyer wurde für die Zielgruppe der Eltern von Kindergartenkindern entwickelt und übersetzt, der auf die besondere Wichtigkeit der Jugendvorsorgeuntersuchungen U8 und U9 hinweist und der von den Erzieherinnen der Kindertagesstätten gezielt zum vierten bzw. fünften Geburtstag der Kinder an die Eltern ausgehändigt wird.

*Gesunde Ernährung als Schwerpunkt der Informationsvermittlung für Mütter mit Migrationshintergrund*

Bei den unterschiedlichsten Informationsveranstaltungen zum Ernährungsbereich wurde der Schwerpunkt auf gesunde Ernährung von Kindergarten- und Schulkindern gesetzt. So wurde zum Beispiel vermittelt, welchen besonderen Wert Frühstück und das den Kindern mitzubehaltende "Pausenbrot" sowie ausreichend Schlaf und Bewegung für die Kinder hat.

Es wurden den Müttern spezielle Sport- und Bewegungsbeispiele und Sportangebote für ihre Kinder vorgestellt.

### Projekte und Maßnahmen

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2005	Zielerreichung 2006
Aufbau eines Kennzahlen-sets zum Themenkomplex Gesundheit und Migration	Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung	Datengrundlagen, die Handlungsbedarfe und Entwicklungen im Bereich Gesundheit und Migration aufzeigen, liegen vor.	Datenrecherche abgeschlossen. Erweiterung des Monitorings um zwei steuerungsrelevante Kennzahlen.	Steuerungsrelevante Kennzahlen wurden erhoben.
Informationsveranstaltungen für Migrant/-innen zu Themen Ernährung und Prävention	Einwohner- und Integrationsamt	Verbesserung der Inanspruchnahme von Vorsorgeangeboten durch Migrant/-innen sowie Verbesserung der Kenntnisse zur Ernährung insbesondere von Schulkindern.	5 Informationsveranstaltungen für Migrant/-innen wurden durchgeführt.	Diese Veranstaltungen wurden in die Maßnahme "Mama spricht Deutsch" integriert.
Erweiterung des Gesundheitswegweisers für Migrantinnen und Migranten um den Bereich Zahnärzte	Einwohner- und Integrationsamt	Verbesserung der Information über Ärzte und Zahnärzte mit Fremdsprachenkenntnissen sowie über Institutionen des Gesundheitssystems für Migrantinnen und Migranten.	Ärztedatenbank und Gesundheitswegweiser liegen vor.	Internationales Ärzte- und Zahnärzterverzeichnis liegt vor.
BKK-Projekt Gesundheitsthemen in Sprachkursen	Einwohner- und Integrationsamt	Verbesserung der Kenntnisse über Präventionsthemen im Gesundheitsbereich.	78 Veranstaltungen im Rahmen von Sprachkursen durchgeführt.	Das Projekt wurde mit dem Hess. Integrationspreis ausgezeichnet. Es wurden 18 Veranstaltungen durchgeführt. Zusätzlich wurden die Gesundheitsmodule in die Maßnahme "Mama spricht Deutsch" integriert.

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2005	Zielerreichung 2006
Qualifizierungsmaßnahme Migrantinnen im Altenpflegeberuf	AWO mit Förderung durch LOS	Qualifizierter Einblick in das Berufsbild der Altenpflegerin im Hinblick auf spätere Berufswahl.	Planung und Organisation abgeschlossen, Maßnahmenbeginn Januar 2006.	Kurs mit 18 Teilnehmerinnen erfolgreich durchgeführt.
Projekt "MiMi - Gesundheitslotsen Hessen"	Einwohner- und Integrationsamt	Muttersprachliche und kultursensible Informationsvermittlung über das deutsche Gesundheitssystem und Prävention.	Hessenweites kommunales Netzwerk wurde geschaffen, Planung abgeschlossen, Organisation und Akquise der Lotsen für Wiesbaden läuft.	23 Gesundheitslotsen führten 51 Veranstaltungen mit insgesamt 585 Teilnehmern durch.
Förderung von "Frauen-Gesundheits-Treffs" im Kinder- und Beratungszentrum Sauerland, Arbeitsgemeinschaft Presberger Straße, Xenia interkulturelle Projekte GmbH	Einwohner- und Integrationsamt	Ständiges Angebot zur Vertiefung des in o. g. Projekten erworbenen Wissens über Präventionsthemen im Gesundheitsbereich.	Drei "Frauen-Gesundheits-Treffs" insbesondere für die Zielgruppe der Migrantinnen wurden etabliert.	Das Projekt wird als ständiges Angebot unter dem Arbeitstitel "Mama spricht Deutsch" etabliert und um zwei weitere Standorte (Caritasverband Bauhof Südost in Biebrich und AWO Walramstraße im Westend) ergänzt.
Sport- und Gymnastikangebote speziell für muslimische Frauen	Einwohner- und Integrationsamt	Verbesserung und Inanspruchnahme von Bewegungsangeboten für muslimische Frauen zum Abbau und Prävention von Übergewicht.		Zwei Gymnastikgruppen wurden erfolgreich gegründet.
Teilnahme mit verschiedenen Informationsständen zu Präventionsthemen am Deutsch-russischen Begegnungsfest in Klarenthal in russischer und deutscher Sprache.	Einwohner- und Integrationsamt	Verbesserung der Kenntnisse über Präventionsthemen im Gesundheitsbereich		Veranstaltung erfolgreich durchgeführt.

## Ausblick

*Interkulturelle Kompetenz bei  
medizinischem Fachpersonal*

Einen Schwerpunkt in 2007 stellt die Umsetzung des Projektes **"Interkulturelle Kompetenz im Hess. Gesundheitswesen"** dar. Dieses Projekt beinhaltet die beiden Schwerpunkte **"Vermittlung von interkultureller Kompetenz bei Wiesbadener Ärzten"** (niedergelassene Ärztinnen und Ärzte ebenso wie Ärztinnen und Ärzte des Wiesbadener Gesundheitsamtes) sowie **"Migrant-friendly-hospital"** an den Dr. Horst-Schmidt-Kliniken (HSK), wobei beide Unterprojekte miteinander verbunden sind, um einen ständigen interdisziplinären Austausch zu gewährleisten.

Zum einen soll ein Ausbildungs- und Fortbildungsmodul zur Vermittlung von interkultureller Kompetenz für Ärzte (Krankenhausärzte, Gesundheitsamtsärzte und niedergelassene Ärzte) sowie für Krankenschwestern, Pflegepersonal und Arzthelferinnen entwickelt werden. Dieses Angebot soll über die Landesärztekammer Hessen sowie die bestehenden Qualitätszirkel der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen angeboten sowie verbindlich in die zukünftigen Ausbildungsgänge der HSK im Pflegebereich übernommen werden. Darüber hinaus wird es ein Fortbildungs- bzw. Nachqualifizierungsangebot für das Personal der HSK und des Wiesbadener Gesundheitsamtes geben.

Im Rahmen des Pilotprojektes "Migrant-friendly-hospital" soll an der HSK ein **Dolmetscherpool** gebildet und geschult werden, der z. B. vor Operationen oder bei Problemen von Patienten aber auch dem Klinikpersonal angefordert werden kann. Es soll weiterhin ein **Kompetenzpool** gebildet werden, der aus Vertretern verschiedenster Bereiche besteht, so z. B. Patientenaufnahme, Sozialdienst, Seelsorge, Qualitätsmanagement, Marketingabteilung aber auch Kinderklinik und Notfallambulanz. Dieses Kompetenzteam wird sich mit den besonderen Bedarfen der Patienten mit Migrationshintergrund und denen des Krankenhauses auseinandersetzen und geeignete Maßnahmen



ergreifen, die für ein besseres Miteinander sorgen. So könnten z. B. Pictogramme den Weg zu bestimmten Klinikbereichen (z. B. Kreißaal) weisen oder die üblichen Formulare für die Patientenaufnahme oder -befragung in verschiedene Sprachen übersetzt werden.

Des Weiteren sollen im Hinblick auf die Organisationsentwicklung Arbeitsabläufe optimiert werden.

Neben dem Schwerpunkt "Interkulturelle Kompetenz bei Fachpersonal" steht der Themenkomplex "Ältere Menschen mit Migrationshintergrund" auf der Agenda. Ab Februar 2007 wird bei der AWO ein weiterer Kurs zur Qualifikation und Berufsorientierung im Pflegebereich für Migrantinnen stattfinden. Der Vorjahreskurs wurde quantitativ und qualitativ aufgewertet, indem nun das Bildungsangebot mit einer Abschlussprüfung zertifiziert wird, welches den Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtern soll. Zusätzlich wird ein Bewerbungstraining über "Berufwege für Frauen" angeboten.

Ein weiterer Schwerpunkt werden spezielle sportliche Bewegungsangebote für Familien mit Migrationshintergrund sein. Unter anderem wird das Gesundheitsamt federführend mit dem Projekt "Familien bewegen" gemeinsam mit einem Netzwerk von Partnern ein Sportangebot an der Anton-Gruner-Schule im Bergkirchenviertel anbieten, welches sich an Kinder und Eltern richtet. Ein weiteres Ziel des Projektes ist die Ausbildung von Übungsleiterinnen mit Migrationshintergrund.

Auf Anregung des Steuerungskreises Gesundheit wird die Integrationsabteilung im Sommer 2007 einen "Diabetestag für türkische Migranten" organisieren und durchführen.

## 5.6 Integrationskompetenz der Verwaltung

*Das wollen wir erreichen:*

*Das Leitbild der Integration ist in der Verwaltung akzeptiert und verankert. Die Landeshauptstadt Wiesbaden übernimmt damit Vorbildfunktion.*

*Handlungsziele für die nächsten 5 Jahre:*

1. Die interkulturelle Kompetenz der Beschäftigten ist erhöht.
2. Der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund auch in gehobenen Beschäftigungsverhältnissen ist erhöht.
3. Eine stabile Steuerungsstruktur zur effektiven Umsetzung des Integrationskonzeptes ist geschaffen. Integration ist als Querschnittsaufgabe etabliert.
4. Die Vernetzung von Integrationsleistungen der verschiedenen Akteure ist verbessert.

### Steuerung und Vernetzung

*Ämter- und dezernatsübergreifende Steuerungsgruppe Integration*

Zur effektiven Umsetzung des Integrationskonzeptes arbeitet die bereits bei Erstellung des Integrationskonzeptes bewährte ämter- und dezernatsübergreifende Steuerungsgruppe, in der auch der Ausländerbeirat und die Freien Träger AWO und Caritas fest vertreten sind. Diese begleitet und steuert kontinuierlich den Start der einzelnen Handlungsfelder nach der Systematik des Konzeptes, legt das Controlling fest, stellt die Rückkopplung zentraler Ergebnisse in den politischen Raum sicher (Plenum Integration, Ausschüsse etc.) und bereitet den Integrationsbericht vor.

*Steuerungsgruppe "Integrationskompetenz der Verwaltung"*

Eine ämterübergreifende Steuerungsgruppe bestehend aus Mitarbeiter/-innen des Personal- und Organisationsamtes, der städtischen Frauenbeauftragten und des Einwohner- und Integrationsamtes wurde bereits 2004 eingerichtet. Die Steuerungsgruppe hat ein konkretes Handlungsprogramm erarbeitet und steuert die Umsetzung der Maßnahmen.

### Projekte und Maßnahmen

Projekte und Maßnahmen	Verantwortlich	Projektziel	Zielerreichung 2005	Zielerreichung 2006
Externe abteilungs- und hierarchieübergreifende Schulung Interkulturelle Kompetenz der Mitarbeiter/-innen des Einwohner- und Integrationsamtes	Einwohner- und Integrationsamt	Erhöhung der interkulturellen Kompetenz der Mitarbeiter/-innen des Einwohner- und Integrationsamtes.	10 Schulungstermine mit durchschnittlich 29 Teilnehmer/-innen. Maßnahme ist damit abgeschlossen.	
Ausbildungsmodul Interkulturelle Kompetenz	Einwohner- und Integrationsamt	Thema Interkulturelle Kompetenz ist als Standard in allen Ausbildungsgängen gesetzt.	3 Ausbildungsgruppen mit insgesamt 27 Auszubildenden geschult.	Aus organisatorischen Gründen wurden keine Ausbildungsgruppen geschult.
Fortbildung für alle Mitarbeiter/-innen mit Kundenkontakt im städtischen Angebot	Einwohner- und Integrationsamt	Alle städtischen Mitarbeiter/-innen mit Kundenkontakt sind fortgebildet.	43 Mitarbeiter/-innen (Amt 69 und 33) geschult.	39 Mitarbeiter/-innen (Fortbildung, 51.500202 und 33) geschult.
Ausbildung städtischer Trainer für Interkulturelle Kompetenz	Einwohner- und Integrationsamt	Aus- und Fortbildung ist für interkulturelle Kompetenz künftig durch qualifiziertes städtisches Personal sichergestellt.	Trainer wurden weiter qualifiziert.	Qualifizierung der Trainer ist abgeschlossen.
Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund, auch in gehobenen Beschäftigungsverhältnissen	Einwohner- und Integrationsamt	Befragung der Mitarbeiter durch Amts- und Abteilungsleiter.		Befragung wurde durchgeführt.

### Ausblick

*Interkulturelle Kompetenz als Standard in Aus- und Fortbildung*

Die Fortbildung zum Thema interkulturelle Kompetenz für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Kundenkontakt ist als Standard in das städtische Fortbildungsangebot aufgenommen und wird 2007 weiter angeboten. Daneben wird die Fortbildung auch erstmals im Rahmen der Stadtteilarbeit für das Kinder-

betreuungszenentrum Sauerland angeboten werden.

In 2007 ist eine Schulung von ca. 40 Mitarbeiter/-innen des Gesundheitsamtes zur Interkulturellen Kompetenz geplant.

Die Einbindung der Thematik als Standardmodul in die verschiedenen Ausbildungsgänge der Stadt ist inhaltlich und organisatorisch umgesetzt und wird 2007 weitergeführt.

*Migrantenanteil unter den Beschäftigten der Stadt*

Die Zielsetzung des Integrationskonzeptes, "den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund auch in gehobenen Beschäftigungsverhältnissen zu erhöhen", gestaltet sich nicht nur aufgrund der angespannten Haushaltslage nach wie vor schwierig. In einem ersten Schritt war die Erfassung des Ist-Standes erforderlich. Die automatisierte Erfassung des Migrationshintergrundes von städtischen Beschäftigten ist aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht möglich. Daher wurde der Weg einer Befragung durch die Amts- bzw. Abteilungsleitungen gewählt. Die Ergebnisse liegen nun vor.

Auf der Basis der Ergebnisse wird die Steuerungsgruppe Vorschläge für Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils der Mitarbeiter/-innen mit Migrationshintergrund bzw. mit interkultureller Kompetenz entwickeln. Um mögliche Veränderungen (und damit den Erfolg der Maßnahmen) dokumentieren zu können, soll die Befragung in etwa drei Jahren wiederholt werden.

Tabelle 7:

<b>Beschäftigte der Landeshauptstadt Wiesbaden nach Migrationshintergrund am 31.10.2006 - Aufgliederung nach Verwaltungsbereichen -</b>				
Org.- einheit	Laufbahn- gruppe <sup>1)</sup>	Beschäftigte insgesamt	darunter Beschäftigte mit Migrationshintergr.	Anteil Beschäftigte mit Mig.hintergrund in %
Dezernate	e/m	22	.	.
	g/h	67	.	.
	insg.	89	6	6,7
Allgemeine Verwaltung	e/m	242	47	19,4
	g/h	186	7	3,8
	insg.	428	54	12,6
Finanz- verwaltung	e/m	86	.	.
	g/h	69	.	.
	insg.	155	8	5,2
Rechts-, Sicherheits- u. Umweltv.	e/m	454	24	5,3
	g/h	237	5	2,1
	insg.	691	29	4,2
Schul- und Kulturverwal- tung	e/m	361	.	.
	g/h	104	.	.
	insg.	465	135	29,0
Sozialver- waltung	e/m	560	159	28,4
	g/h	1 036	40	3,9
	insg.	1 596	199	12,5
Bau-, Wirtschafts- verwaltung	e/m	375	43	11,5
	g/h	380	13	3,4
	insg.	755	56	7,4
Personal- vertretung	e/m	5	-	-
	g/h	11	-	-
	insg.	16	-	-
<b>Insgesamt</b>	<b>e/m</b>	<b>2 105</b>	<b>415</b>	<b>19,7</b>
	<b>g/h</b>	<b>2 090</b>	<b>72</b>	<b>3,4</b>
	<b>insg.</b>	<b>4 195</b>	<b>487</b>	<b>11,6</b>

1) e/m = einfacher und mittlerer Dienst  
g/h = gehobener und höherer Dienst  
.= unterliegt als Einzelangabe der statistischen  
Geheimhaltung

Quelle: Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung


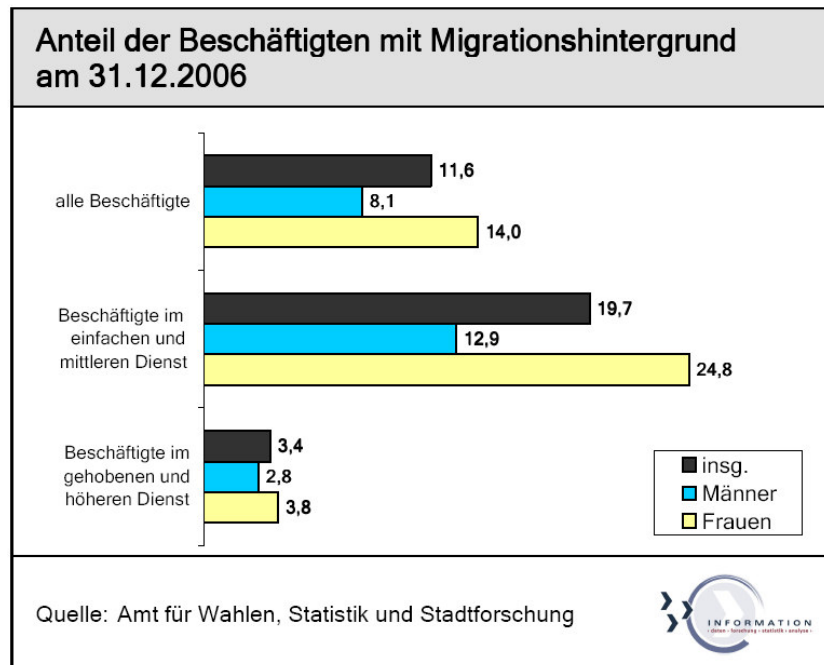


Abbildung 1:



Insgesamt verfügen 11,6 % der bei der Stadt Wiesbaden Beschäftigten über einen Migrationshintergrund. Dies ist vergleichsweise wenig, wenn man bedenkt, dass der Anteil, den die Migrantinnen und Migranten an der erwerbsfähigen Bevölkerung in Wiesbaden haben, bei rund einem Drittel liegt.

Eine Aufgliederung nach Geschlecht, nach Laufbahngruppen und nach Verwaltungsbereichen zeigt, dass

- der Anteil unter den weiblichen Beschäftigten (14,0 %) höher liegt als unter den männlichen (8,1 %),
- im gehobenen und höheren Dienst nur sehr wenige Migranten (3,4 %) beschäftigt sind, während im einfachen und mittleren Dienst rund jede(r) Fünfte fremder Herkunft ist,
- insbesondere in der Schul- und Sozialverwaltung überdurchschnittlich viele Beschäftigte mit Migrationshintergrund arbeiten. Dies ist allerdings in erster Linie auf die hohe Zahl von Reinigungskräften in den Schulen und den Kindertagesstätten zurückzuführen.

## 6 Schlüsselprojekte

### 6.1 Zielgruppenorientierte Elternbildung

#### Das Konzept

Auf Grundlage des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 16.12.2005 konnte im Mai 2006 mit der Umsetzung des Konzeptes "zielgruppenorientierte Elternbildung" unter Federführung des Amtes für Soziale Arbeit, Fachstelle Elternbildung begonnen werden.

Folgende Zielsetzungen liegen dem Konzept zu Grunde:

1. Eltern können in allen Phasen der Elternschaft auf passende Elternbildungsangebote zurückgreifen.
2. Die Angebote sind so zu gestalten, dass sie auch von "bildungsfernen" Eltern angenommen und positiv bewertet werden.

Die wesentliche Zielgruppe des Konzeptes sind also "bildungsferne" Eltern.

*Definition "bildungsfern"*

**Folgende Definition von "bildungsfern" wurde hierbei zu Grunde gelegt:**

- A) Eltern, die nur über ein geringes Maß an formaler Bildung verfügen:
- Eltern mit maximal Hauptschulabschluss und ohne abgeschlossene berufliche Ausbildung
- B) Eltern, denen bestimmte zentrale Fähigkeiten fehlen:
- Analphabeten
  - Schon länger hier lebende Eltern mit unzureichenden Deutschkenntnissen
  - Eltern mit fehlenden oder nur geringen Kenntnissen zum deutschen Bildungssystem und Unterstützungsstrukturen, sowie Eltern mit fehlender Wertschätzung von Bildung
  - Eltern mit fehlenden sozialen Kompetenzen ("belegt" z. B. über Vernachlässigung, Kindeswohlgefährdung)

Das heißt, es geht bei der Entwicklung von Elternbildungsangeboten nicht nur, aber durchaus auch darum, Angebote gezielt auf die Bedürfnisse von Eltern mit Migrationshintergrund hin zuzuschneiden.

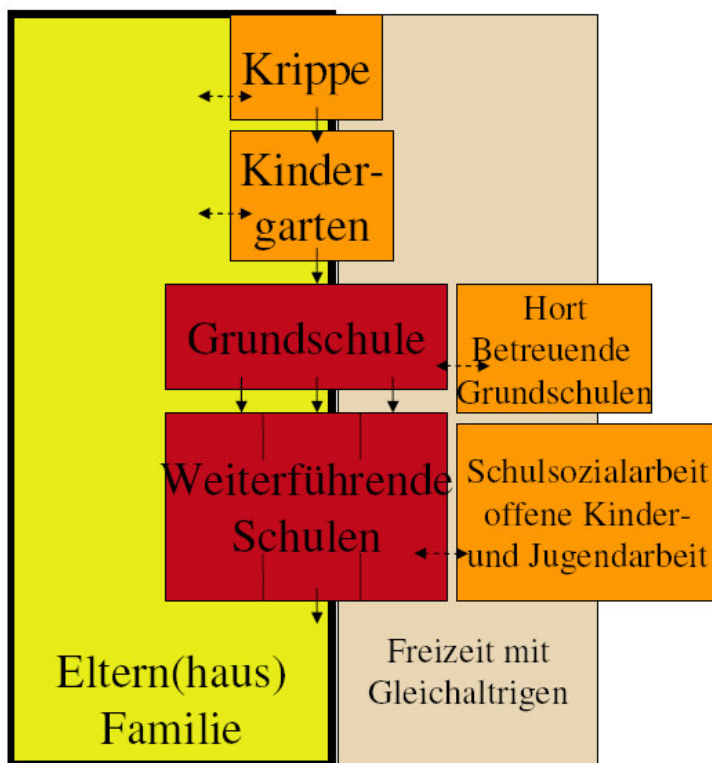
Das Konzept konzentriert sich aus den folgenden Gründen auf bildungsferne Eltern:

Eine Ursache für die großen Bildungsungleichheiten in Deutschland sind auch die über das Elternhaus verteilten ungleichen Ausgangschancen.

Bildungsferne Eltern haben:

- in der Regel ein geringeres Förderpotential.
- oft Unsicherheiten in Versorgungs- und Erziehungsfragen.
- sie werden durch Elternliteratur und andere Angebote (z. B. klassische Familienbildung) kaum erreicht.





**Das Elternhaus / die Familie ist ein zentraler Bildungsort während der gesamten Kindheit und Jugendphase!**

Die Umsetzung des Konzeptes wird in mehreren Stufen erfolgen. Während der **ersten Stufe** 2006/2007 steht vorrangig die Entwicklung von Elternbildungsangeboten für **Eltern von 0-3 jährigen** im Blickpunkt der Arbeit, denn während der ersten Lebensjahre werden wichtige Weichen für die Entwicklung von Kindern gestellt.

### Die Herausforderungen

*Zugänge zur Zielgruppe zu finden ist oft schwierig.*

Es bestehen zwei besondere Herausforderungen bei der Umsetzung des Konzeptes:

1. Zugänge zur Zielgruppe zu finden - handelt es sich doch um Eltern und Kinder, die in dieser Lebensphase eher selten in Regeleinrichtungen (z. B. Kindertagesstätten) vertreten sind. Auch die gängigen, eher komm-orientierten Elternbildungsangebote werden von bildungsfernen Eltern kaum genutzt.

*Angebote müssen Zielgruppenspezifisch konzipiert sein.*

2. Elternbildungsangebote so zu konzipieren, das sie von der Zielgruppe auch als hilfreich erlebt werden. Das heißt, Methoden anzuwenden, die sich nicht nur auf die sprachliche Ebene konzentrieren und eher abstrakt bleiben, sondern vielmehr durch gemeinsames Tun Inhalte vermitteln (z. B. Rollenspiele). Wichtig ist an den Erfahrungen und Bedürfnissen (der Lebenswirklichkeit) der Teilnehmer anzuknüpfen.

Schwerpunkt der Arbeit während der 1. Phase der Umsetzung des Konzeptes ist es also, geeignete Zugänge zu und Angebotsformen für die Zielgruppe zu entwickeln, um dann erfolgreiche Ansätze in die Fläche auszuweiten. Hierbei ist die Zusammenarbeit mit vielen unterschiedlichen Trägern von Bedeutung, denn diese erhöhen die Chance auf Erreichung von unterschiedlichen Zielgruppen (bestimmte Gruppen von Migranten oder Stadtteilbewohnern) und bieten die Möglichkeit neue Zugänge zu erproben (z. B. Elternbildung im Sprachkurs).

### Die Arbeitsstruktur

*Fachstelle Elternbildung ist eingerichtet.*

Die Fachstelle Elternbildung, deren Aufgabe die Umsetzung des Konzeptes ist, ist mit einer halben Stelle (Diplom Pädagogin) besetzt.

*Fachbeirat Elternbildung begleitet die Umsetzung des Konzeptes.*

Ein trägerübergreifender Fachbeirat mit Mitgliedern aus unterschiedlichen Fachrichtungen (Gesundheit, Kindertagesbetreuung, Familienbildung und -beratung, Migrationsbereich, Jugendhilfeplanung und Frauenbeauftragte) begleitet diese Arbeit fachlich und multipliziert die Ergebnisse in die eigenen Fachbereiche hinein.

Für die Umsetzung des Konzeptes wurden auch finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt, so dass neben der Durchführung von innovativen Projekten in Verantwortung der Fachstelle auch die Bezuschussung von Projekten freier Träger ge-

mäß der im Fachbeirat vereinbarten Förderkriterien möglich ist.

## Die Umsetzung

*"Spielkreis mit Elternbildungsanteilen"*

Ein Beispiel für die Erprobung eines neuen Zugangs zu einer neuen Form des Elternbildungsangebotes ist der **"Spielkreis mit Elternbildungsanteilen"**, ein Spiel und Lernprojekt für Mütter und Kinder.

Hier erfolgt die Ansprache und Gewinnung junger Mütter mit 1-3 jährigen Kindern, die im Leistungsbezug SGB II stehen, über die Ausbildungsagentur.

Bei diesem Angebot werden die bewährten Elemente des klassischen Spielkreises (z. B. gemeinsamer Beginn und Abschluss mit Liedern und Spielen, gemeinsames Frühstück) um Elternbildungsanteile (z. B. Entwicklungsbeobachtungen der eigenen Kinder, Gesprächsrunden zu Erziehungsfragen, Referentenbesuche) ergänzt. Zwei Kursleiterinnen betreuen die Gruppe. Gestartet wurde im Januar 2007.

Ebenfalls im Januar 2007 startete ein ähnlich arbeitender Spielkreis über den Träger Xenia interkulturelle Projekte, finanziert über Sachmittel der Fachstelle. Der Zugang hier erfolgt hauptsächlich über die Kindertagesstätte Terre des Hommes im Bergkirchenviertel.

*Opstapje - Schritt für Schritt*

Neben der Erprobung von neuen Angeboten und Zugängen wird auch daran gearbeitet, Elternbildungsangebote, die sich bereits in anderen Städten bewährt haben, auch in Wiesbaden zu etablieren. **Opstapje - Schritt für Schritt**, ein niederländisches Programm, das in Deutschland in erster Linie vom Kinderschutzbund eingeführt wurde, ist hierfür ein Beispiel. Bei diesem präventiven Förderprogramm besuchen geschulte Laienhelferinnen bildungsferne Familien mit Kindern im Alter von 1,5 - 3 Jahren wöchentlich über einen Zeitraum von 1,5 Jahre zuhause in deren privatem Lebensraum. Neben Spielanregungen und Fördermaterialien für die Kinder bringen sie auch viele Informationen zu Fragen der Erziehung für die Eltern mit. In 2006 wurden vom Kinderschutzbund Veranstaltungen für Gruppen in

der Innenstadt und in Klarenthal durchgeführt.

Die 18 teilnehmenden Familien stammten aus 11 unterschiedlichen Nationen<sup>7</sup>:

Herkunft der Familien	
Deutschland .....	3
Türkei .....	3
Albanien/Kosovo .....	1
Ghana .....	2
Afghanistan .....	2
Pakistan .....	1
Iran .....	2
Kolumbien .....	1
Jugoslawien/Italien .....	1
Marokko .....	1

Für 2007 ist die Erprobung weiterer Projekte geplant!

## 6.2 Projekt MiMi Mit Migranten für Migranten

### Hintergrund

Nicht erst seit den Veränderungen im Gesundheitsbereich fällt es vielen außerhalb Deutschlands aufgewachsenen Menschen mit Migrationshintergrund schwer, unser Gesundheitssystem mit seinen komplexen Strukturen und Abläufen zu durchschauen. Aus Unkenntnis werden Angebote der Gesundheitsförderung und -prävention nicht wahrgenommen. Auch die Kennzahlen zur Gesundheit im Monitoring zeigen Handlungsbedarfe auf.

### Zielsetzung des Projektes

Um Migranten für Angebote der Gesundheitsförderung und -prävention zu erreichen und Reibungsverluste durch Sprach-

<sup>7</sup> Quelle: 1. Zwischenbericht des Spiel- und Lernprogramms Opstapje - Schritt für Schritt, November 2006, Deutscher Kinderschutzbund OV Wiesbaden

schwierigkeiten auszuschließen, wurden muttersprachliche und kultursensible Informationsvermittlungen in den Lebensräumen der Migrantinnen und Migranten, also in Vereinen, Moscheen, Ortsverwaltungen und Nachbarschaftshäusern, durch integrierte und im Rahmen des Projekts geschulte Lotsen angeboten.

Die Nachhaltigkeit dieser Informationsveranstaltungen wurde durch das Aushändigen der im Rahmen des Projekts verfassten Broschüre **Gesundheitsleitfaden für Zuwanderinnen und Zuwanderer in Hessen** gesichert, die in Deutsch und in 14 weiteren Sprachen zur Verfügung stand.

Das hessenweite Projekt wurde in Wiesbaden und in vier weiteren Standorten durchgeführt: in Darmstadt, Gießen, Kassel und im Landkreis Offenbach. Träger des Projekts waren das Hessische Sozialministerium, der BKK Landesverband Hessen (Betriebskrankenkassen), sowie der jeweilige Projektstandort, die sich zu je 1/3 an den Kosten beteiligten. Das Projekt MiMi "Mit Migranten für Migranten - interkulturelle Gesundheitslotsen in Hessen" wurde vom Ethno-Medizinischen-Zentrum Hannover (EMZ) entworfen und zwischen November 2005 und März 2007 begleitet.

In Wiesbaden wurde das MiMi Projekt vom Einwohner- und Integrationsamt und dem Netzwerk seiner städtischen und nichtstädtischen Kooperationspartner (Steuerungskreis Gesundheit) in Zusammenarbeit mit dem DRK Landesverband Hessen (Team Migration) an die Wiesbadener Verhältnisse angepasst und umgesetzt.

#### *Umsetzung*

Wichtige Auswahlkriterien der potentiellen Lotsen waren deren Zweisprachigkeit sowie ihre Fähigkeit und Bereitschaft, Erlerntes umzusetzen und nach erfolgter Präsentationsschulung einer Gruppe vorzutragen. Da die Lotsen als Schlüssel zu der Wiesbadener Community des jeweiligen Herkunftslandes dienen sollten, waren intensive und vertrauensvolle Kontakte zu Menschen derselben kulturellen Herkunft von großer Wichtigkeit.

Weil in der Zielgruppe häufig die Frauen für die Gesundheit "zuständig" sind, sollten die Lotsen viele Frauen kennen, - auch diejenigen, die erst seit kurzem in Deutschland leben. Auch sollten sie die in Wiesbaden vertretenen Bevölkerungsgruppen widerspiegeln: Herkunftsländer und -sprachen, Alter, Einstellung (modern oder traditionell, religionsgeprägt etc.).

In einer fünfzigstündigen Schulungsphase wurden die Lotsen zum Deutschen Gesundheitssystem und 10 weiteren Gesundheitsthemen geschult, die hier nach Häufigkeit der stattgefundenen Informationsveranstaltungen aufgeführt sind:

1. Gesunde Ernährung
2. Mundgesundheit
3. Bewegung
4. Kindergesundheit
5. Unfallprävention
6. Seelische Gesundheit
7. Alkohol-, Tabakkonsum und andere Süchte
8. Ältere Migranten - selbständiges Leben im Alter
9. Familienplanung und Schwangerschaft
10. Umgang mit Medikamenten

In Wiesbaden wurde die Kompetenzvermittlung durch Mitglieder des Steuerungskreises Gesundheit gewährleistet.

Die praxisbezogene Präsentations- und Moderationsschulung dauerte weitere 20 Stunden.

#### *Ergebnisse*

Insgesamt wurden 23 Lotsen erfolgreich ausgebildet und konnten am 16. Januar 2007 ihr Zertifikat entgegennehmen.





Stadtrat Grella (auf dem Foto rechts) mit den Lotsen und einigen Kooperationspartnern bei der Zertifikatsübergabe

Die Gruppe war im Vergleich zu den in anderen hessischen Standorten sehr erfolgreich: Bis zur Zertifikatsübergabe am 16. Januar 2007 führten die Lotsinnen und Lotsen 51 Veranstaltungen durch und erreichten 585 Migranten. Die genaue Aufschlüsselung ist der beigefügten Tabelle zu entnehmen.

**Tabelle 8:**

Sprachen	Anzahl der Lotsen	Veranstaltungen	Erreichte Teilnehmer
Arabisch/ Berberisch	4	10	138
Italienisch	1	0	0
Russisch/ Ukrainisch	4	8	100
Persisch/ Dari/ Farsi/ Pashto	3	0	0
Deutsch	2	3	44
Türkisch/ Sasa	6	24	238
Serbisch	1	4	48
Somali	1	1	12
Spanisch	1	1	5
<b>Gesamt</b>	<b>23</b>	<b>51</b>	<b>585</b>

Für 7 Themen stellten die Kooperationspartner den Lotsen ein Vertiefungs- und Coachingangebot in ihren Räumen zur Verfügung, mit dem Ziel, dass die dadurch entstehenden engeren Bindungen auch an die Teilnehmer weitergegeben werden. Diese Wiesbadener Innovation fand großen Anklang und wird für die zukünftigen MiMi Projekte in anderen Städten übernommen werden.

Die Schulung hat erwartungsgemäß positive Auswirkungen auf die Lotsen gehabt. Sie wurden gefördert und gefordert. Häufig werden nun von Vereinen und städtischen Stellen Lotsinnen



oder Lotsen für Dolmetscher- oder Übersetzertätigkeiten angefordert.

Auch für die Integrationsarbeit ist das Ergebnis positiv: Einige Lotsen haben sich als Sensoren für ihre Community erwiesen und Vorschläge unterbreitet, wo aus ihrer Sicht Handlungsbedarf in der Integrationsarbeit besteht.

MiMi-Informationsveranstaltungen, an deren Ende für Sprachkurse geworben wurde, haben bei Migranten das Interesse an Integrationskursen und der Alphabetisierungsmaßnahme Mama lernt Deutsch geweckt.

#### *Ausblick*

Das Einwohner- und Integrationsamt wird das Projekt in Eigenregie weiterführen. Darüber hinaus ist geplant, neue Lotsen zu gewinnen und nachzuschulen sowie weitere integrationsrelevante Themen über die Lotsen zu vermitteln. Hier ist beispielsweise die Vermittlung der Themen Umgang mit Mehrsprachigkeit sowie der Kindertagesstättenbesuch und das deutsche Schulsystem geplant.

### **6.3 Fachtag Mädchen Frauen und Migration**

Auch in Folge der Ermordung einer jungen Migrantin in Wiesbaden in 2005, wurde verstärkt die Diskussion um Gewalt an Migrantinnen zum Beispiel in Form von Zwangsverheiratungen und "Ehrenmorden" geführt. Vor diesem Hintergrund und dem Faktum, dass die Bevölkerungsgruppe der Migrantinnen in Beratungsstellen, Frauen- und Mädcheneinrichtungen unterrepräsentiert sind, war es notwendig, sich der Thematik Mädchen, Frauen und Migration ganz praktisch und konstruktiv zu nähern.

Unter Federführung des Einwohner- und Integrationsamtes in Kooperation mit der Arbeitsgruppe "Frauen und Migration", ein Zusammenschluss von Fachfrauen aus sozialen Einrichtungen in Wiesbaden, wurde am 06.04.2006 zu einem Fachtag eingeladen. Ca. 60 Vertreterinnen verschiedener, auf dem Integrati-

onssektor tätiger, sozialer Organisationen und Einrichtungen beschäftigen sich an diesem Tag eingehend mit verschiedenen Aspekten dieser Thematik.

Neben theoretischen Beiträgen zu kulturellen Hintergründen und Konfliktlagen aus der Sicht muslimischer Referentinnen, stellten sich auch Beratungsinstitutionen aus Frankfurt und Berlin vor, denen der Zugang zu der Zielgruppe der Migrantinnen vorbildlich gelungen ist. Ziel der Veranstaltung war die Optimierung und Vernetzung der Beratungsangebote in Wiesbaden.

In einer Arbeitsphase wurden die folgenden konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit der Beratungsinstitutionen selbst sowie zur Verbesserung des Zugangs von Migrantinnen zu diesen Beratungsinstitutionen erarbeitet, die sich zu weiten Teilen bereits in der Umsetzung befinden.

#### **Interkulturelle Kompetenz:**

- Workshop, Schulung oder Fachtag für Beratungsinstitutionen zum Thema Interkulturelle Kompetenz in 2007 (evtl. mit Unterstützung des Einwohner- und Integrationsamtes)
- Wo möglich, sollten bei städtischen und nichtstädtischen Beratungsstellen Mitarbeiter/-innen mit Migrationshintergrund eingestellt werden

#### **Information:**

- Beratungsführer/Migrantinnenatlas für Wiesbaden und Rhein-Main erstellen
- Leitfaden zu Angeboten für Migrantinnen in Wiesbaden erstellen

#### **Netzwerke optimieren:**

- Bestehende Netzwerke und Arbeitsgruppen daraufhin überprüfen
  - ob sie optimal besetzt sind,

- AG's evtl. thematisch doppelt arbeiten oder AG's fehlen,
- die Informationsflüsse zwischen den existierenden Arbeitsgruppen gewährleistet sind

**Dolmetscherdienste:**

- Es sollte ein Dolmetscherpool eingerichtet werden, der kostengünstige Dolmetscherdienste gewährleisten kann

**Angebote:**

- Es sollte ein Internationales Mädchen- und Frauenzentrum eingerichtet werden.

## 7 Hessischer Integrationspreis 2006



von links nach rechts: Stadtrat Peter Grella, Dezernent für Bürgerangelegenheiten und Integration, Saskia Veit-Prang, Einwohner- und Integrationsamt, Ministerpräsident Roland Koch (Foto: e.Blatt)

Am 14.11.2006 verlieh Ministerpräsident Roland Koch dem Einwohner- und Integrationsamt für das Integrationskonzept am Beispiel des Projektes "Gesundheitsthemen in Sprachkursen" den Hessischen Integrationspreis 2006.

Bei dem Projekt wurden im Rahmen von Deutschkursen gezielt verständliche Informationen zum deutschen Gesundheitswesen in den Unterricht eingebaut und thematisiert. Projektziel war neben der Verbesserung der Kenntnisse der Kursteilnehmer über Präventionsthemen im Gesundheitsbereich eine Schärfung der Wahrnehmung über das Angebot präventiver Gesundheitsmaßnahmen innerhalb der Landeshauptstadt Wiesbaden

und ein Abbau der existierenden Zugangsbarrieren.

Ergänzend zur Informationsvermittlung durch die Kursleiterin wurden z. B. die "Mama lernt Deutsch" Kurse von den Ärztinnen Frau Dr. Helga Brenneis (pro Familia Wiesbaden) und Frau Dr. Brigitte Schuler (Deutscher Ärztinnenbund) sowie der Gesundheits- und Ernährungsberaterin Frau Sigrid Neumann (Wiesbaden) aufgesucht und die Kursteilnehmerinnen hatten zum einen die Möglichkeit, fachkompetente Antworten zu ihren persönlichen Fragen zu erhalten und zum anderen, einen individuellen Termin zu einem ärztlichen Beratungsgespräch unter vier Augen zu vereinbaren.

## 8 Islam und Integration auf kommunaler Ebene

### 8.1 Wiesbadener Kooperation mit islamischen Gemeinden

*Seit 2004 Netzwerk islamischer Gemeinden etabliert.*

Vor dem Hintergrund, dass eine sehr große Gruppe der Wiesbadener mit Migrationshintergrund aus dem islamischen Kulturkreis stammt<sup>8</sup> und es nach wie vor viele Informationsdefizite und daraus resultierenden Argwohn und Berührungsängste in der Aufnahmegesellschaft gibt, wurde 2004 vom Einwohner- und Integrationsamt gemeinsam mit dem Caritasverband Wiesbaden eine intensive Kooperation mit den islamischen Gemeinden aufgebaut. Diese Kooperation hatte von Beginn an die Zielsetzung, neue Zugangswege für Integrationsmaßnahmen zu Zielgruppen zu bekommen, die wir sonst schwer erreichen. Es geht auch darum, Wege für mehr Transparenz und das bessere gegenseitige Kennen lernen zu suchen sowie gemeinsam Erklärungen für Probleme im Zusammenhang mit muslimischen Zuwanderern zu finden und entsprechende Lösungen zu entwickeln. Die Auseinandersetzung über religiöse Fragestellungen im Sinne eines interreligiösen Dialogs ist ausdrücklich nicht Gegenstand dieser Kooperation.

Seit 2004 ist es gelungen, ein Netzwerk mit regelmäßigen Besprechungen unter dem Dach des Einwohner- und Integrationsamtes zu etablieren, an dem 10 und damit fast alle Wiesbadener islamische Gemeinden regelmäßig teilnehmen. Hier wurde von beiden Seiten Neuland betreten, da sich diese Gemeinden zuvor noch nie an einen Tisch gesetzt hatten und sich teilweise untereinander nicht kannten.

<sup>8</sup> Siehe Amt für Wahlen, Statistik und Stadtforschung, Statistische Berichte 2/2006, Religionszugehörigkeit in Wiesbaden, S. 14ff.

*10 islamische Gemeinden gehören den Netzwerk an*

Dem Netzwerk gehören die folgenden islamischen Gemeinden an:

- Diyanet e. V. - Türkisch Islamischer Kulturverein Merkez Moschee
- IGMG - Islamische Gemeinschaft Milli Görüs,
- Islamische Gemeinde der Bosniaken Wiesbaden e.V.,
- Islamischer Kulturverein e. V. Imam Hossein,
- Islamischer Kulturverein e. V. Masjid Ali Mainz-Kostheim,
- Islamische Gemeinde e. V. Omar ibnul Khattab Moschee,
- Islamische Gemeinde e. V. Tauhid Moschee,
- Marrokanischer Verein e. V. Masjid Badr,
- Türkischer Jugend- und Kulturbund e. V.,
- West-Östlicher Divan Wiesbaden und Umgebung e. V. Al Taqua Moschee

Dieser Vorgehensweise liegt die Auffassung zugrunde, dass nur mit den islamischen Gemeinden deren Integration gelingen kann. Mehr noch, dass nur durch eine Politik der Einbeziehung und damit verbunden einem grundsätzlichen Vertrauensvorschuss gegenüber allen Gemeinden mögliche integrationsfeindliche Strömungen innerhalb islamischer Gemeinden erfolgreich überwunden werden können. Eine Politik des Drucks und der Ausgrenzung führt eher zur Schwächung reformerischer Kräfte und führt gegebenenfalls zu rein taktischem Verhalten. Damit ist nicht gemeint, dass darauf verzichtet wird, genau hinzusehen. Gerade deshalb spielt die Erhöhung der Transparenz der islamischen Gemeinden eine sehr wichtige Rolle in der gemeinsamen Arbeit. Vielmehr werden die Gemeinden beim Wort genommen und die Umsetzung dessen was vereinbart wurde, entsprechend eingeklagt.

Es ist gelungen, in dieser Runde ein hohes Maß an gegenseitigem Vertrauen, Kooperationsbereitschaft und Transparenz aufzubauen. Auf dieser Basis sind bereits eine Vielzahl von Projekten auf den Weg gebracht worden, wie die folgenden Beispiele zeigen:

*Sprachkurse und Infoveranstaltungen in Moscheen*

In 2005 wurde mit Unterstützung des Einwohner- und Integrationsamtes der Kurs "Imame lernen Deutsch" für die Dauer eines Jahres initiiert. Darüber hinaus wurden diverse Kurse "Mama lernt Deutsch" sowie Infoveranstaltungen zum Kindertagesstättenbesuch und zu Gesundheitsthemen in den Räumen einiger Moscheen durchgeführt und damit eine Zielgruppe von Frauen erreicht, die über andere Angebote und Zugangswege nicht oder nur schwer erreicht werden konnten.

*Projekte zur Transparenz und gegenseitigem Kennenlernen*

Ein Arbeitsschwerpunkt des Netzwerkes war und ist es nach wie vor, für mehr Transparenz und gegenseitiges Kennenlernen und mehr Information über die islamischen Gemeinden und ihre Arbeit zu sorgen. Hierfür wurde eine Reihe von Projekten durchgeführt. Im April 2005 haben sich alle Gemeinden Vertretern von Politik, Institutionen und der Presse im Rathaus ausführlich präsentiert und ihre Gemeinden mit ihren Aktivitäten vorgestellt.

Ein Vertreter des Verfassungsschutzes wurde auf Wunsch der Gemeinden zu einem Netzwerktreffen eingeladen, um sich über die Aufgaben der Institution zu informieren.

Im Oktober wurde erstmals in der Wiesbadener Innenstadt in einer Gemeinschaftsaktion fast aller Gemeinden des Netzwerkes der Ramadan gefeiert und die Wiesbadener Bevölkerung zum Fastenbrechen eingeladen.





14.10.2006

Islamische Gemeinden laden

erstmalig die Wiesbadener Bevölkerung in der Innenstadt zum Fastenbrechen ein.

## 8.2 Integrationsvereinbarungen mit Religionsgemeinschaften

*Stadtverordnetenversammlung hat Integrationsvereinbarung beschlossen.*

Dieses Projekt geht auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 16.12.04 zurück. Mit diesem wurde der Magistrat gebeten, Vereinbarungen mit den in Wiesbaden ansässigen religiösen Gemeinschaften bzw. Vereinen und Institutionen abzuschließen, die nicht durch Staatsverträge gebunden sind. Die Vereinbarung soll vor allem eine Verpflichtung auf unsere Verfassung, insbesondere die freiheitliche demokratische Grundordnung und den Rechtsstaat, das Leitbild der Menschenwürde und der Grundrechte, die Trennung von Kirche, Religion und Staat, die Werte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit, sowie Toleranz, Gleichberechtigung, Eigenverant-

wortung und Nächstenliebe zum Inhalt haben. Auch im Berichtszeitraum wurde intensiv an der Umsetzung des Beschlusses gearbeitet.

Am 28.06.2007 hat die Stadtverordnetenversammlung den Entwurf für eine Integrationsvereinbarung mit Religionsgemeinschaften beschlossen. Mit diesem Projekt hat die Stadt Wiesbaden bundesweit Neuland betreten.

Vor dem Hintergrund der Zielsetzung, mit dieser Vereinbarung den Prozess der Integration in Wiesbaden zu fördern, sind die möglichen Beiträge und Belange der verschiedenen religiösen Gemeinden sehr unterschiedlich. Im ersten Schritt wurden die Gespräche über die Vereinbarung mit der Gruppe der islamischen Gemeinden in Wiesbaden aufgenommen. Hier bestand der Anspruch, mit möglichst allen islamischen Gemeinden ins Gespräch zu kommen. Inzwischen wird auch auf Bundesebene so vorgegangen, wo mittlerweile das Thema Integration einen bedeutenden Stellenwert eingenommen hat. So erläuterte Bundesinnenminister Schäuble bei der Eröffnung der ersten Deutschen Islamkonferenz: "Wir wollen alle in Deutschland lebenden Muslime ihrer Vielfalt angemessen in den Verhandlungsprozess einbinden".

*9 islamische Gemeinden schließen sich zur AIGW (Arbeitsgemeinschaft der Islamischen Gemeinden in Wiesbaden) zusammen*

Das Vorhaben wurde von den islamischen Gemeinden in Wiesbaden sehr begrüßt. Als eine Reaktion darauf schloss sich eine Gruppe von 9 Gemeinden zur Arbeitsgemeinschaft der islamischen Gemeinden in Wiesbaden (AIGW) zusammen, um in der Folge die Verhandlungen durch autorisierte Vertreter mit der Stadt zu erleichtern. Auch in dieser Frage zeigt die Entwicklung auf Bundesebene Parallelen zu dem Prozess in Wiesbaden. Bereits nach der ersten Islamkonferenz hat sich ein Koordinationsrat, dem vier große islamische Institutionen angehören, gebildet.

Der weitere eigenständige Verhandlungspartner auf islamischer Seite in Wiesbaden ist die Diyanet-Moschee, von der sich die größte Zahl der türkischstämmigen Muslime vertreten fühlt und die der türkischen Religionsbehörde Ditib nachsteht.

Das nun vorliegende Ergebnis in Form des gemeinsam verhandelten Vertragsentwurfs ist ein bedeutsamer Schritt für Stadt und Gemeinden zur Integration. Der zuweilen schwierige und komplexe Diskussionsprozess auf beiden Seiten ist nicht positiv genug zu bewerten. Er hat ganz besonders zum gegenseitigen Kennen lernen der jeweiligen Interessen, Sichtweisen und Selbstwahrnehmungen beigetragen. Und er ist auch Ausdruck davon, sich auf gleicher Augenhöhe zu begegnen.

### 8.3 Moscheebauten in Wiesbaden

*Moscheebauprojekte noch lösen überwiegend Ängste und Ablehnung aus.*

Es ist zu erwarten, dass die Zahl der islamischen Gemeinden, die mit ihren Gebetsstätten aus den Hinterhöfen heraustreten wollen, eher steigen wird. Dies ist einerseits Ausdruck davon, sich auf Dauer in Wiesbaden heimisch zu fühlen und andererseits der berechnete Anspruch der mittlerweile großen Gruppe der muslimischen Mitbürger/-innen, ihrer Religion auch einen sichtbaren Ausdruck in dieser Stadt zu verleihen. Auch wenn von der Aufnahmegesellschaft vielfach der Anspruch nach Transparenz und Offenheit der islamischen Gemeinden formuliert wird, lösen die konkreten Moscheeprojekte noch überwiegend Ängste und Ablehnung aus. Hier zeigt sich ein dringender Nachholbedarf für beide Seiten.

*Information und Öffentlichkeitsarbeit muss verbessert werden.*

Auf der Seite der islamischen Gemeinden muss die Form der rechtzeitigen Information und des Dialogs mit den unmittelbar betroffenen Anwohnern im Vorfeld verbessert werden. Hier kann die Stadt unterstützen, wenn sie rechtzeitig informiert und eingebunden wird. Dies wird künftig im Rahmen des gut etablierten Netzwerkes mit den islamischen Gemeinden strukturiert angegangen werden.

*Integration ist ein Thema für viele Fachbereiche.*

Auf der Seite der Stadt werden die Belange der Islamischen Gemeinden zukünftig verstärkt in die jeweiligen Fachplanungen einfließen müssen.